

Lothar Roos (Hg.)

**STIMMEN DER KIRCHE  
ZUR WIRTSCHAFT**

**Agostino Kardinal Casaroli  
Joseph Kardinal Höffner  
Joseph Kardinal Ratzinger  
Papst Johannes Paul II.**

BKU (Bund Katholischer Unternehmer) in Zusammenarbeit mit

**Ordo socialis**

**Original** (published in German):

Lothar Roos (Hg.):

**STIMMEN DER KIRCHE ZUR WIRTSCHAFT**

Mit Beiträgen von: Agostino Kardinal Casaroli, Joseph Kardinal Höffner, Joseph Kardinal Ratzinger, Papst Johannes Paul II.

Editor: Bund Katholischer Unternehmer e.V. in cooperation with ORDO SOCIALIS

Series: Beiträge zur Gesellschaftspolitik, No. 26

Publishing Company: Verlag J.P. Bachem, Köln, 2<sup>nd</sup> edition 1986

ISBN: 3-7616-0866-8

**Digitalization sponsored and organized by:**

ORDO SOCIALIS

Academic Association for the Promotion of Christian Social Teaching

Wissenschaftliche Vereinigung zur Förderung der Christlichen Gesellschaftslehre e.V.

The members of the board are published in the website: [www.ordosocialis.de](http://www.ordosocialis.de)

Head Office: Georgstr. 18 • 50676 Köln (Cologne) • Germany

Tel: 0049 (0)221-27237-0 • Fax: 0049 (0)221-27237-27 • E-mail: [gf@ordosocialis.de](mailto:gf@ordosocialis.de)

Digitalized by Jochen Michels, Layout by Dr. Clara E. Laeis

**The rights of publication and translation are reserved and can be granted upon request.  
Please contact ORDO SOCIALIS.**

# INHALT

## **Lothar Roos:**

KIRCHE UND WIRTSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT DER WELTWIRTSCHAFT .....	4
Die wichtigsten Einzelfragen .....	5
Die Grundfrage des Kongresses .....	7
Markt und Moral .....	8
Abschließende Überlegungen .....	10

## **Agostino Kardinal Casaroli:**

WIRTSCHAFT IM DIENST AM MENSCHEN BESORGNIS UND ANFRAGE AUS DER SICHT DES KONZILS .....	12
Besorgnisse und Anfragen .....	13
Aufgaben für die Zukunft.....	15

## **Joseph Kardinal Höffner:**

DIE WELTWIRTSCHAFT IM LICHT DER KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE .....	17
I. Solidarisches Verbundensein .....	17
1. Die biologische und metaphysische Einheit des Menschengeschlechts .....	17
2. Die wirtschaftliche Solidarität der Menschheit .....	18
a) Die Gemeinwidmung der Erdengüter.....	18
b) Die weltwirtschaftliche Verbundenheit als Band der Einheit unter den Völkern .....	19
c) Die Weltwirtschaft im Dienst der Freiheit .....	19
II. Solidarisches Verpflichtetsein .....	20

## **Joseph Kardinal Ratzinger:**

MARKTWIRTSCHAFT UND ETHIK .....	25
---------------------------------	----

## **Papst Johannes Paul II.:**

GERECHTIGKEIT UND MEHR- MENSCH-SEIN FÜR ALLE.....	29
---	----

**Lothar Roos:**

## **KIRCHE UND WIRTSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT DER WELTWIRTSCHAFT**

Es mag erstaunlich erscheinen, aber es dürfte wahr oder zumindest schwer zu widerlegen sein: Das Symposium „Kirche und Wirtschaft in der Verantwortung für die Zukunft der Weltwirtschaft“, an dem sich vom 21. bis 24. November 1985 in den Räumen der Päpstlichen Universität Urbaniana in der Vatikanstadt fast 400 Repräsentanten von Kirche, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik aus fast 40 Nationen versammelt hatten, kann als ein in der bisherigen Geschichte der Begegnung dieser Partner einmaliges Ereignis bezeichnet werden. Als Veranstalter zeichneten gemeinsam verantwortlich: der Päpstliche Rat für die Laien, das Institut der deutschen Wirtschaft, die Internationale Vereinigung katholischer Universitäten und die Konrad-Adenauer-Stiftung. Als Kooperationspartner wirkten mit: der Bund Katholischer Unternehmer (Deutschland), die Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, die österreichische Volkswirtschaftliche Gesellschaft und die Internationale Christliche Unternehmervereinigung (UNIAPAC).

Die Schirmherrschaft des Kongresses hatten gleich drei Kardinäle übernommen: der Vorsitzende der Päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“, der französische Kardinal Roger Etchegaray, der Präfekt der römischen Kongregation für die Glaubenslehre, Kardinal Joseph Ratzinger und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Kardinal Joseph Höffner. Wie wenig diese „Schirmherrschaft“ lediglich als zeremonielle Zutat zu interpretieren war, wird daran deutlich, dass die beiden letztgenannten mit Grundsatzreferaten substantiell die Diskussionen des Symposiums mitprägten. Nicht genug damit: auch der „Außenminister“ des Papstes, Kardinal Agostino Casaroli, hielt offensichtlich den Kongress für bedeutsam genug, um in einem Einleitungsvortrag das Verhältnis Kirche Wirtschaft im Lichte des II. Vatikanischen Konzils und aktueller „Besorgnisse und Anfragen“ zu analysieren.

Trotz großer terminlicher Engpässe - in der gleichen Woche fand in Rom eine Sitzung des Kardinalkollegiums im Hinblick auf die mit dem Kongressende beginnende außerordentliche Bischofssynode statt - empfing Papst Johannes Paul II. die Kongressteilnehmer in Audienz und befasste sich in der dabei gehaltenen Ansprache mit dem Grundthema des Kongresses, wie nämlich Eigengesetzlichkeit und Sittlichkeit in der Wirtschaft so miteinander in Beziehung gebracht werden könnten, dass dabei Wege zu „Gerechtigkeit und Mehr-Mensch-Sein für alle“ (unter dieser Schlagzeile veröffentlichte L'Osservatore Romano in der Wochenausgabe in deutscher Sprache Nr., 48 vom 29. November 1985 die Ansprache des Papstes) gefunden werden.

Dem nicht-konfessionellen Charakter eines Teils der Veranstalter entsprechend war der Kongress trotz des mit dem Tagungsort und der überwiegenden Zahl der Teilnehmer gegebenen Gewichts der katholischen Gesprächspartner um die ökumenische Vielfalt der Beiträge bemüht. Zu den prominenten evangelischen Mitwirkenden zählten der Bischof der Evangelischen Landeskirche Württemberg, Hans von Keler, der ehemalige Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen, D.Dr. Hans Thimme sowie Dr. Klaus Lefringhausen, Geschäftsführer der Evangelischen Geschäftsstelle für das Programm der Kirchen: Entwicklung als internationale soziale Frage (Bonn).

Die bunte Palette der mitwirkenden Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kirche aus dem deutschsprachigen, dem europäischen und dem überseeischen Raum kann hier nur durch einige exemplarisch genannte Namen angedeutet werden: Unter den Referenten und Podiumsteilnehmern fanden sich führende Repräsentanten der deutschen Wirtschaft

wie Dr. Fritz-Heinz Himmelreich (er verlas das Referat des kurz vor dem Kongress erkrankten Otto Esser), Prof. Gerhard Fels, Dr. Manfred Lennings, Erhard Bouillon, Tyll Necker, Hans-Josef Breidbach, Dr. Dieter Kirchner. Die politische Seite war u. a. vertreten durch Referate und Podiumsbeiträge der deutschen Minister Dr. Norbert Blüm und Dr. Jürgen Warnke, des ehemaligen österreichischen Finanzministers Schmitz; ferner durch (heutige oder ehemalige) Fachminister aus Uganda, El Salvador, Chile, Brasilien; durch den Vizepräsidenten der Europäischen Gemeinschaften, Dr. Karl-Heinz Narjes und Prof. Dr. Rafael Moreno von der FAO. Für die Konzeption der Veranstaltung waren auf Seiten der Konrad-Adenauer-Stiftung besonders deren Vorsitzender, Bundesminister a. D. Dr. Bruno Heck und der Leiter des Internationalen Instituts, Joseph Thesing verantwortlich. Aus der „Dritten Welt“ waren neben vielen Praktikern der Entwicklungshilfe aus wirtschaftlichen und kirchlichen Organisationen und Einrichtungen bekannte Unternehmer wie Dr. Wolfgang Sauer von VW do Brasil, aber auch Gewerkschaftler wie Nazario Vivero (Caracas) vertreten; der Letztgenannte nahm im Schlusspodium des Kongresses die Stelle des kurz vor Kongressbeginn verhafteten Vorsitzenden der chilenischen Kupferarbeitergewerkschaft Rodolfo Seguel Molina ein (die Verhaftung von Molina wurde vom Kongress mit einer Protestresolution an die chilenische Regierung bedacht).

Aus dem asiatischen Raum fanden - neben einer Reihe von Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik - vor allem Kardinal Jaime L. Sin aus Manila große Aufmerksamkeit. Die prominentesten lateinamerikanischen Kirchenvertreter auf dem Kongress waren die Kardinäle Araújo Sales (Rio de Janeiro) und Obando y Bravo (Managua) sowie Erzbischof Rivero y Damas (San Salvador). Der afrikanische Erzbischof Bernard Agre (Man, Elfenbeinküste) klagte im Schlussplenum über den wachsenden politischen und wirtschaftlichen Druck, mit dem islamische Fundamentalisten und Politiker in seinem Land und anderswo in Afrika nicht nur das Christentum, sondern eine offene und freiheitliche Gesellschaftsverfassung überhaupt bedrohten.

Es würde zu weit führen, aus der großen Zahl der Vertreter aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftsethik einzelne besonders zu benennen. Noch weniger ist dies möglich hinsichtlich der vielen Praktiker aus Wirtschaft, Entwicklungshilfe und den verschiedensten kirchlichen Diensten und Einrichtungen, die ihre Erfahrungen und Ansichten in den einzelnen Foren oder im abschließenden Podium einbringen konnten. Für die thematische Konzeption und die praktische Durchführung des Kongresses verdienen besondere Anerkennung der Direktor der Internationalen Forschungsvereinigung Katholischer Universitäten, Msgr. Dr. Franco Biffi, zugleich Professor an der Lateran-Universität Urbaniana (Rom) sowie der Leiter des Referats „Kirche - Wirtschaft“ am Institut der deutschen Wirtschaft, Michael Spangenberg. Im vorbereitenden Planungsausschuss des Kongresses wirkte auch Professor Dr. Johannes Schasching SJ mit, derzeit Dekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Päpstlichen Universität Gregoriana.

## **Die wichtigsten Einzelfragen**

Kann bei einem solchen „Mammutkongress“ (so titulierte ihn die Herder-Korrespondenz), auf dem in sechs Sprachen geredet und simultan übersetzt wurde, überhaupt etwas „herauskommen“? - Zunächst war wichtig, dass man aufeinander hörte und miteinander redete. Dies geschah in auffallend toleranter und wohlwollender Weise, ohne sachliche Gegensätze unter den Teppich zu kehren. Polemiken waren äußerst selten. Sicher halfen dazu die geistliche Atmosphäre des Tagungsortes, die ständige Anwesenheit und Beteiligung von Bischöfen und anderen Kirchenvertretern in den Beratungsgremien, die gemeinsamen Gottesdienste, die Begegnung mit dem Papst. Aber es wurde auch hart gestritten, vor allem über das Protektionismusproblem, über die Verschuldungssituation vieler Länder der Dritten Welt, über den richtigen

Weg der Entwicklung, über die Aufgaben der Kirche dabei. Es kam allerdings selten zu der häufig bei der Diskussion dieser Themen zu beobachtenden Konfrontation Industrieländer - Entwicklungsländer. Man diskutierte vielmehr differenziert. Zum Forum „Strukturanpassung oder Protektionismus?“ leistete Cornelius G. Fetsch, Vorsitzender des Bundes Katholischer Unternehmer, sehr konkrete Beiträge aus der praktischen Erfahrung in der Bekleidungsindustrie. Dabei wies er darauf hin, dass sich die Öffnung der Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern zwangsläufig auf das Beschäftigungsniveau der eigenen Volkswirtschaft auswirkt, d. h. Arbeitsplätze kostet.

Dr. Peter H. Werhahn, Gründungsmitglied des BKU und vormaliger Präsident der UNIAPAC (Internationale Christliche Unternehmervereinigung) wies in einem bemerkenswerten Diskussionsbeitrag u. a. auf das internationale Schuldenproblem und die besondere Verantwortung der betroffenen Länder hin. Es werde viel zu wenig beachtet, dass zahlreiche süd-ostasiatische Länder trotz hoher Verschuldung ihren Schuldendienst dank marktwirtschaftlich orientierter Wirtschafts- und Sozialpolitik leisteten, während in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern eine unökonomische, oft verschwenderische Finanz- und Wirtschaftspolitik das internationale Schuldenproblem dieser Länder sehr verstärkt habe.

Natürlich wurde auch der Agrar-Protektionismus der EG kritisiert. Deren Vertreter wussten sich zu wehren durch Hinweise auf die langfristig positiven Wirkungen der Lomé-Abkommen und der steigenden Agrar-Importe aus der Dritten Welt in den Raum der EG. Der ehemalige österreichische Finanzminister Dr. Wolfgang Schmitz zeichnete die Ursachen der Überschuldung der Dritten Welt nach, nicht ohne auf den „Leichtsinn“ von Regierungen und Banken hinzuweisen, mit denen man in Zeiten der Überliquidität mit dem Kreditgeschäft umgegangen sei. Professor Donges vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel suchte den steilen Pfad zur Überwindung des Verschuldungsproblems zu markieren: Er forderte monetäre Disziplin, Verbesserung der Exportchancen für die Länder der Dritten Welt im Handel zwischen diesen und den Industrieländern sowie positivere Bedingungen für ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsländer. Professor Balassa von der Weltbank schlug eine neue Runde multilateraler Handelsvereinbarungen vor mit den Zielen: Keine Ausweitung des Protektionismus, Abbau von Einfuhrbeschränkungen in den Bereichen Landwirtschaft, Textil und Bekleidung sowie Stahl, Sicherungsmaßnahmen bei einer plötzlichen starken Veränderung der Terms of Trade zu Lasten einzelner Länder. Insbesondere forderte er auch eine Liberalisierung der Einfuhrpolitik in den „Schwellenländern“, was von dem Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Jose L. Aleman von der katholischen Universität Santiago de los Caballeros (Dominikanische Republik) nachhaltig unterstützt wurde. Letzterer sprach allerdings nicht nur von der „Seuche“ des Protektionismus, sondern auch von der hochgradigen Ungleichheit der wirtschaftlichen Startbedingungen sowohl innerhalb vieler lateinamerikanischer Länder als auch zwischen diesen und den Industrienationen.

Als äußerst interessant und hilfreich erwies sich auf diesem wirtschaftspolitischen Hintergrund das Referat von Kardinal Joseph Höffner, der - wie wohl kein anderer der anwesenden Bischöfe - die hier diskutierten Sachfragen sowohl als Ethiker wie als Doktor der Volkswirtschaftslehre anzugehen vermochte. Unter dem Titel „Die Weltwirtschaft im Licht der Katholischen Soziallehre“ ging er vom Grundsatz des „solidarischen Verbundenseins“ aller Menschen und Völker bei der Nutzung der Ressourcen dieser Erde aus. Er verwies auf die weltwirtschaftliche Verbundenheit „als Band der Einheit unter den Völkern“ und betonte die Freiheit als Grundwert im Dienst an der weltwirtschaftlichen Kommunikation. Er appellierte an das Gewissen und die politische Klugheit der wohlhabenden Staaten, diesen Prinzipien entsprechend zu handeln. Bei der Analyse der Ursachen der „Verelendung“ in vielen Ländern der Dritten Welt befasste er sich einerseits eingehend mit den hausgemachten Versäumnissen und Missständen und kritisierte andererseits die unzureichende Entwicklungshilfe der „rei-

chen Länder“. Eindeutig war seine wirtschaftspolitische Grundaussage: „Die Kette des Elends kann nur zerrissen werden, wenn sowohl durch politische Entscheidungen als auch durch weltwirtschaftliche Solidarität großzügig geholfen wird. Die wirtschaftlichen Maßnahmen müssen marktwirtschaftlich ausgerichtet sein. Dirigistische Eingriffe sind schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil die Staaten der Dritten Welt sehr empfindlich auf ihre Souveränität pochen.“

Im einzelnen forderte Höffner abschließend die Ausweitung des Handels mit den Ländern der Dritten Welt, den Abbau des Protektionismus, die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, die Vermehrung der landwirtschaftlichen Anbaufläche, verbunden mit Reformen zur grundlegenden Verbesserung der agrarischen Produktion und Absatzmöglichkeiten, die Ausweitung der Entwicklungshilfe, die drastische Senkung der Rüstungsausgaben und den Verzicht auf entwicklungspolitische Prestige- und Großprojekte zugunsten einer organischen Entfaltung der Infrastruktur.

## **Die Grundfrage des Kongresses**

Der römische Kongress stellte wohl alle in der Weltwirtschaftspolitik heute umstrittenen Einzelfragen zur Debatte. Er hatte aber auch eine durchgehende Grundfrage zum Gegenstand, sozusagen ein „Formalobjekt“, in dessen Licht alle materialen Inhalte diskutiert wurden: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat diese Grundfrage in die Schlagzeile „Wirtschaftsgesetze und die Moral“ gegossen und unter dieser Überschrift mit den Referaten von Kardinal Joseph Ratzinger und Arbeitgeberpräsident Otto Esser „Zwei Äußerungen zu dem Spannungsfeld zwischen Markt und Kirche“ kurz nach dem Kongress einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht (Nr. 284 vom 7. 12. 1985). Die Neue Zürcher Zeitung warf in zwei aufeinander folgenden Ausgaben (1.12. und 6. 12. 1985) „Schlaglichter auf ein Symposium in Rom“; der Autor ging dabei äußerst differenziert vor allem auf die wirtschaftsethischen Referate der Kardinalen Casaroli, Höffner und Ratzinger ein und analysierte insbesondere die darin angesprochenen sozialphilosophischen und wirtschaftspolitischen Konvergenzen und Divergenzen zwischen der Katholischen Soziallehre und der Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft.

Zu genau diesem Verhältnis äußerten sich ininigem Abstand zum Kongress zwei prominente Professoren, wobei sie sich insbesondere mit dem Referat von Kardinal Ratzinger auseinandersetzten: Mit der Frage „Will die Kirche jetzt Adam Smith überbieten?“ verteidigte Helmut Schoeck (Welt am Sonntag vom 15. 12. 1985) Adam Smith gegen den Vorwurf, bei ihm „stünde der schrankenlose Egoismus kritiklos im Mittelpunkt“. Nach Schoeck führt es „aufs Glatteis“, wenn Ratzinger meine, „man müsse im Wettstreit mit dem Marxismus um Ethik in der Marktwirtschaft bemüht sein“. Die Theorie von Adam Smith bedürfe einer solchen Zutat nicht, denn - so kann man die Ausführungen von Helmut Schoeck in diesem Punkt zusammenfassen - sie trage genügend eingebaute Ethik mit sich. „Was besser werden soll, wenn jetzt Kirchenmänner und Politiker erneut gemeinsam wegen der Kluft zwischen dem Westen und der Dritten Welt auf der Suche nach einer Wirtschaft jenseits von Smith und Marx gehen, ist unerfindlich. Die Kirche sollte überdies vorsichtig sein, wenn sie sich nun auch noch als Instanz auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik profilieren möchte.“ Der Beitrag schließt mit einem nochmaligen Hinweis auf die wirtschaftsethische Weisheit von Adam Smith und folgerichtig mit der Frage: „Mit welcher neuen Wirtschaftsethik will die Kirche das überbieten?“

Aus einem ähnlichen Anliegen heraus kommt der Tübinger Wirtschaftswissenschaftler Joachim Starbatty in seinen „Anmerkungen zu Kardinal Ratzingers Thesen über „Kirche und Wirtschaft“ zu der zugespitzten Frage: „Ist die marktwirtschaftliche Ordnung gut oder ist sie es nicht?“ (Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 4. 1. 1986, Nr. 2 „Der Mensch zwischen

Markt und Ethik“). Starbatty fühlte sich vor allem durch eine Feststellung von Dr. Klaus Weigelt herausgefordert, der im selben Organ (Rheinischer Merkur vom 30. 11. 1985) zuvor zu der Feststellung Ratzingers, die Marktwirtschaft sei „in ihrem eigentlichen Kern deterministisch“, bemerkt hatte: „Diese Kritik trifft den Kern marktwirtschaftlichen Denkens und blieb ein Stachel im Fleisch der Wirtschaftler während des ganzen Symposions“. Diese Feststellung - so Starbatty - „verlangt eine grundsätzliche Antwort“. Ratzinger hatte von zwei „erstaunlichen Voraussetzungen“ der Theorie von Adam Smith gesprochen und diese „deterministisch“ genannt: Zum einen, dass das freie Spiel der Kräfte immer nur in einer Richtung wirken könne, nämlich „im Sinn wirtschaftlicher Effektivität und wirtschaftlichen Fortschritts“, zum andern, „dass die Naturgesetze des Marktes ihrem Wesen nach gut sind und, wie immer es um die Moralität der einzelnen Menschen bestellt sein mag, notwendig zum Guten wirken“. In diesem Determinismus sieht Ratzinger eine gewisse geistige Verwandtschaft mit dem totalen Determinismus des Marxismus.

Genau in dieser Parallele sieht Starbatty „eine auf den ersten Blick erstaunliche Schlußfolgerung“. Er verweist vor allem auf den Adam Smith der „Theory of Moral Sentiments“ und sucht nachzuweisen, dass Smith und Marx auf völlig unterschiedlichem philosophischen Boden stehen. Im „klassischen Liberalismus“ finde sich - im Unterschied zum Marxismus „nicht die Spur der Vorstellung eines goldenen und immerwährenden Zeitalters“. Die Vordenker der marktwirtschaftlichen Ordnung hätten gewusst, „dass der Markt keineswegs alles allein richten werde. Es blieb für den Staat genug an dem zu tun, was wir heute die Kollektivbedürfnisse nennen“. Ob Starbatty diese Aussage allerdings auch schon auf Adam Smith bezieht, wird nicht ganz klar. Eher scheint er damit auf die „Väter“ der Sozialen Marktwirtschaft zu verweisen, von denen er am Ende seines Beitrags feststellt, dass Röpke und Müller-Armack „ihre Analysen und Konzepte zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft im Bewusstsein ihrer christlichen Verantwortung geschrieben“ hätten.

Ratzinger hatte zum Schluss seines Referates eine neue „Berührung“ von Sachwissenschaft und Ethik gefordert und festgestellt: „Eine Moral, die dabei die Sachkenntnis der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral. Eine Sachlichkeit, die ohne das Ethos auszukommen meint, ist Verkennung der Wirklichkeit des Menschen und damit Unsachlichkeit. Wir brauchen heute ein Höchstmaß an wirtschaftlichem Sachverstand, aber auch ein Höchstmaß an Ethos, damit der wirtschaftliche Sachverstand in den Dienst der richtigen Ziele tritt und seine Erkenntnis politisch vollziehbar und sozial tragbar wird.“ Für einen solchen „Dialog“ - so Starbatty - sei es „wichtig zu wissen, wie Ratzinger sich seine Symbiose vorgestellt hat und welche konzeptionellen Folgerungen daraus erwachsen können“. Insbesondere im Hinblick auf den von Röpke und Müller-Armack ausgeprägten Entwurf einer Sozialen Marktwirtschaft fragt Starbatty: „Ist gemeint, dass wir uns stärker an diesen Ordnungsentwurf in politischer und unternehmerischer Praxis orientieren sollten? Oder ist gemeint, dass wir einen ordnungspolitischen Neubeginn wagen sollten?“

## **Markt und Moral**

Es ist hier nicht möglich, die in den eben dargestellten Diskussionsbeiträgen aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Sie treffen den Nerv des Beziehungsverhältnisses von Markt und Moral und damit - auf der Ebene der Theorie - von „Sozialer Marktwirtschaft und Katholischer Soziallehre“. Das Verhältnis dieser beiden Theorien war nie spannungsfrei. Wer sich darüber näher informieren möchte, der sei auf einen kürzlich erschienenen Beitrag von Anton Rau-



scher verwiesen, der die hier zu diskutierenden Fragen historisch und systematisch aufarbeitet.<sup>1</sup> Es dürfte für die weitere Diskussion hilfreich sein, die in Rom dazu gehaltenen Ansprachen des Papstes und der genannten Kardinäle genau zu lesen und richtig zu interpretieren. Im Folgenden sollen einige thesenhafte Interpretationshilfen angeboten werden, die dazu beitragen wollen, Missverständnisse zu vermeiden und auf den Kern der anstehenden Probleme aufmerksam zu machen:

1. Die Katholische Soziallehre lehnt ohne Kompromisse das „Zentralverwaltungssystem“ (Ratzinger) wegen seiner deterministischen und utopistischen philosophischen Voraussetzungen als mit der Personenwürde unvereinbar ab.

2. Sofern und soweit der klassische Wirtschaftsliberalismus (mit oder ohne Adam Smith) den Markt als einen sozialen „Mechanismus“ versteht, durch den die Wirtschaftssubjekte allein durch die Verfolgung ihrer jeweils eigenen Interessen das wirtschaftliche Wohl aller automatisch besorgen, verbirgt sich hinter dieser Vorstellung ein deterministischer Aberglaube. Deswegen bediente sich ja Adam Smith zur Rechtfertigung dieses „Glaubens“ der theologischen (und nicht ökonomischen) Vorstellung einer „prästabilierten Harmonie“ der Interessen, die ein deistisch verstandener Welt-Uhrmacher-Gott (the invisible hand!) als unbewusste „List der Vernunft“ in das bewusste menschliche Denken und Handeln eingebaut habe. Diesen „Glauben“ und nichts anderes hat Ratzinger mit der gesamten Tradition der Katholischen Soziallehre seit Ketteler kritisiert.

3. Sofern und soweit eine Wirtschaftsordnungspolitik darauf basiert, dass Jeder einzelne, und nicht irgendeine übergeordnete Verwaltungsinstanz, am besten weiß und besorgt, was ihm wirtschaftlich nützt, steht sie in voller Übereinstimmung mit der Katholischen Soziallehre. Genau auf dem Boden dieser realistischen Anthropologie verteidigt schon Thomas von Aquin das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln gegen die Vorstellung einer kollektivistischen Produktionsordnung. Insofern wirkt das Prinzip Markt „im Sinne wirtschaftlicher Effektivität und wirtschaftlichen Fortschritts“ (Ratzinger), Innerhalb dieser Grenze ist der Markt insofern eine moralische Institution, als er das gute Ziel einer optimalen Güterversorgung mit Hilfe des zumindest nicht schlechten Mittels des Wettbewerbs erreicht.

4. Die Aussage von der prinzipiellen sittlichen Gutheit des Prinzips Markt als Dienstwert für eine optimale Güterversorgung unter Wahrung der menschlichen Freiheit ist aber an ganz bestimmte Voraussetzungen und Grenzen gebunden. Sie ist - mit den Worten Ratzingers - „nicht unbegrenzt ausdehnbar“. Genau diese Einsicht unterscheidet die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft von ihren früh- und spätliberalen Verwandten. Zu den Voraussetzungen einer Sozialen Marktwirtschaft gehört zumindest die einigermaßen gleiche Stärke der Konkurrenten. Chancengleichheit und die Verhinderung von (immer drohender) monopolistischer Machtkonzentration entstehen aber nicht von selbst. Dazu bedarf es einer staatlichen Rahmenordnungspolitik. Deswegen ist die Soziale Marktwirtschaft nach dem bekannten Wort eines ihrer Theoretiker kein Naturprodukt, sondern eine empfindliche „Kulturpflanze“. Die Grenzen jeder Marktwirtschaft ergeben sich schlicht daraus, dass nur ein Teil der volkswirtschaftlich nachgefragten oder nützlichen Güter über den Markt verfügbar gemacht werden kann. Starbatty sagt dazu, kurz und bündig, es bleibe „für den Staat genug an dem zu tun, was wir heute die Kollektivbedürfnisse nennen“. Zu diesen „Kollektivbedürfnissen“, die zumindest teilweise zu „vermarkten“ sind, gehören heute - neben der Versorgung der Markt-

---

<sup>1</sup> A. Rauscher, Katholische Soziallehre und liberale Wirtschaftsordnung, in: Ders. (Hrsg.), Selbstinteresse und Gemeinwohl (Soziale Orientierung Band 5), Berlin 1985, 279-318.

schwachen und Marktpassiven - die Güter Umweltverträglichkeit der Produktion und ein bestimmtes, vom Weltgemeinwohl her gefordertes Maß an Entwicklungshilfe.

5. Akzeptiert man die bisherigen Darlegungen, dann fällt die notwendige Verbindung von Markt und Moral wie eine reife Frucht vom Baum der Erkenntnis. Denn sowohl die anthropologische Analyse des Marktes als Sozialveranstaltung wie die Feststellung und Festlegung seiner Voraussetzungen und Grenzen basieren auf Wertentscheidungen. Die Neue Zürcher Zeitung (vom 1./2. 12. 1985) scheint zunächst der Aussage Kardinal Höfners zuzustimmen: „Die Katholische Soziallehre hält - auch im Interesse der Weltwirtschaft - die Marktwirtschaft für die richtige Grundform der Wirtschaftsordnung. Sie ist jedoch davon überzeugt, dass ihr ein humanes Leitbild gegeben werden muss. Die Weltwirtschaft ist kein Automat, sondern ein vom geordneten und ordnenden Willen des Menschen zu gestaltender Kulturprozess.“ Sie hebt diese Zustimmung dann allerdings teilweise wieder mit der Frage auf, „wer denn nun eigentlich den subjektiven Raum, den eine grundsätzlich liberale Wirtschaftsordnung für den Einzelnen ausspart, mit ethischen Normen auszufüllen hat. Die liberale Antwort auf diese Frage ist eindeutig: Weil es nicht eine Ethik gibt, sondern eben eine Vielzahl von Normensystemen, bleibt als Selektionsmechanismus, wenn von einem obrigkeitlichen Wertediktat, von einem Zwangskonsum abgesehen werden soll, nur der Wettbewerb übrig.“ Für die Theorie (und Praxis) der Sozialen Marktwirtschaft ist es aber geradezu konstitutiv, dass er über die Voraussetzungen und Grenzen des Prinzips Markt einen von der Gesellschaft sanktionierten Grundwertkonsens gibt. So wenig ein der Menschenwürde verpflichteter demokratischer Verfassungsstaat ohne eine institutionell verankerte und alle verpflichtende Grundwerteinigung auskommt, so wenig ist dies bei einer wirklich sozialen Marktwirtschaft möglich. Der Hinweis auf einen ethischen Pluralismus hilft hier nichts. Dies hat der Adam Smith der Moral Sentiments noch gewusst, wenn auch hinsichtlich der institutionellen Konsequenzen seiner Wirtschaftsphilosophie zu wenig bedacht. Genau in diese Wunde der unhaltbaren „neuzeitlichen Trennung von Subjekt- und Objektwelt“ hat Ratzinger seinen Finger gelegt und daraus die Konsequenz gezogen: „Dass die Ausbildung wirtschaftlicher Systeme und ihre Rückbindung an das Gemeinwohl von einer bestimmten ethischen Disziplin abhängt, die ihrerseits nur durch religiöse Kraft hervorgebracht und gehalten werden kann, ist eine immer deutlicher werdende wirtschaftsgeschichtliche Tatsache. Dass umgekehrt der Verfall solcher Disziplin auch die Marktgesetze zum Zusammensturz bringt, wird inzwischen ebenfalls offenkundig. Eine Wirtschaftspolitik, die nicht nur dem Gruppenwohl, ja, nicht nur dem Gemeinwohl eines ganz bestimmten Staates, sondern dem Gemeinwohl der Menschheitsfamilie zugeordnet ist, verlangt ein Höchstmaß an ethischer Disziplin und damit ein Höchstmaß an religiöser Kraft.“<sup>2</sup>

## **Abschließende Überlegungen**

Wenn der römische Kongress „Kirche und Wirtschaft in der Verantwortung für die Zukunft der Weltwirtschaft“ nichts erbracht hätte als die Einsicht in Sinn und Notwendigkeit eines vertieften Gesprächs zwischen „Ökonomie und Ethik“, dann hätte er sein wichtigstes Ziel erreicht. Wenn es gelänge, die eben nur angedeuteten Fragen zum Verhältnis Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft vertieft weiter zu diskutieren, von beiderseitigen Missverständnissen zu reinigen und zu einem tragbaren Konsens im Grundsätzlichen zu finden, dann könnte dies gerade im Hinblick auf die gemeinsame weltwirtschaftliche Verantwortung von Kirche und (deutscher) Wirtschaft von erheblichem Gewicht sein.

---

<sup>2</sup> Nach Abschluss dieses Manuskripts veröffentlichte die FAZ (Nr.113 vom 17. Mai 1986 S. 15) einen Beitrag von Joseph Kardinal Höfnner, „Ein humanes Leitbild für die Wirtschaft.“ - Fünf Aussagen der Katholischen Soziallehre zum Leistungswettbewerb, in dem das Beziehungsgefüge von Markt und Moral in luzider Weise dargestellt wird.

Man sollte sich bei diesem Bemühen auch nicht durch einige publizistische Missklänge stören lassen, die den Kongress begleiteten. Die eingehenden Berichte und differenzierten Kommentare der überregionalen Presse und das dadurch ausgelöste Echo waren Grundlage dieses Beitrags. Ist es Zufall oder bezeichnend, dass die beiden am meisten destruktiv-unsachlichen Kommentierungen des Symposions von Kirchenfunkredakteuren öffentlich-rechtlich verfassender Rundfunkanstalten kamen?

Den „Vogel“ schoss dabei Jürgen Hoeren vom Südwestfunk ab, der bereits fünf Tage vor Beginn des Kongresses (1) u. a. festgestellt hatte: „Selten hat es eine solch demonstrative, ja peinliche Umarmung zwischen katholischer Kirche und Wirtschaft gegeben“ (Südwestfunk 1, Aus der christlichen Welt, 17. 11. 1985 - 9.20 Uhr). In ähnlich polemischer Weise glossierte Peter Hertel, Redakteur beim Norddeutschen Rundfunk, das Symposion. Ohne auf irgendeine Sachfrage auch nur mit einem einzigen Wort einzugehen, suggerierte er - hier zitiert aus seinem Artikel in der Allgemeinen Sonntagszeitung vom 1. 12. 1985 - unter der Schlagzeile „Listige Strategen führen das Ruder“ den Lesern dieses Blattes (ähnlich den Hörern des Deutschlandfunks) ein Komplott des Kapitals mit konservativen Kirchenkreisen gegen die Befreiungstheologie in der Dritten Welt.

Dass ein so einmaliger und sicher äußerst gewagter Kongress nicht in jeder Hinsicht befriedigend verlaufen und somit auch konkret kritisiert werden kann, sei unbestritten. Wie wenig allerdings die eben erwähnte Kritik mit Tatsachen zu tun hat, wird jedem deutlich, der die in Rom gehaltenen Referate gelesen und die Diskussion miterlebt hat. Nicht nur das hohe Niveau vieler Vorträge und Diskussionsbeiträge, auch und gerade die erlebte geistliche Atmosphäre etwa beim gemeinsamen Gottesdienst in der Peterskirche, die Gastfreundschaft der Päpstlichen Universität Urbaniana, der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl bleiben wohl allen Teilnehmern unvergessen. Die Fruchtbarkeit des Symposions wird nicht zuletzt von der Weiterführung der Grundsatzdiskussion und der vielfältigen persönlichen Verbindungen abhängen, die am Rande des Kongresses weltweit geknüpft wurden.

**Agostino Kardinal Casaroli<sup>3</sup>:**

## **WIRTSCHAFT IM DIENST AM MENSCHEN – BESORGNIS UND ANFRAGE AUS DER SICHT DES KONZILS**

Es ist mehr als ein Zufall, dass dieser Kongress wenige Tage vor Beginn der außerordentlichen Bischofssynode in Rom stattfindet. Die Bischofssynode wird sich 20 Jahre nach Abschluss des Zweiten Vatikanischen Konzils mit dem Geist und der Verwirklichung dieses für die Kirche so bedeutsamen Ereignisses befassen. Zu den großen Dokumenten dieses Konzils gehört die Pastoralkonstitution über „Die Kirche in der Welt von heute“, in der wesentliche Aussagen zu dem Thema gemacht werden, das Sie sich für diesen Kongress gewählt haben: Kirche und Wirtschaft in der gemeinsamen Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Sie werden verstehen, dass ich in meinem Einleitungsvortrag bewusst auf die Beziehung zwischen dem Thema Ihres Kongresses und dem Zweiten Vatikanischen Konzil eingehen werde.

Das Zweite Vatikanische Konzil ist das erste Konzil in der Geschichte der Kirche, das eine ausdrückliche Lehre über das Verhältnis von Kirche und Welt, insbesondere auch über das Verhältnis von Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt hat. Natürlich stand auch in diesem Konzil im Vordergrund der unmittelbare religiöse Auftrag der Kirche und ihre darauf bezogene innere Struktur: Man denke nur an die drei grundlegenden Konstitutionen über die Kirche, über die Offenbarung und über die Liturgie oder etwa an die Dekrete über die Bischöfe, über die Priester, über das Laienapostolat. Aber während der Beratungen der einzelnen Sitzungen wurde es immer klarer, dass dieses Konzil in seinem Bestreben um eine zeitgerechte Erneuerung der Kirche auch ihr Verhältnis zur Welt, zu Wirtschaft und Gesellschaft neu formulieren müsse. Im Dekret über das Laienapostolat gab es diesem Bemühen die theologische Grundlage, indem es sagte: „Das Erlösungswerk Christi zielt an sich auf das Heil des Menschen. Es umfasst aber auch den Aufbau der gesamten zeitlichen Ordnung. Darum besteht die Sendung der Kirche nicht nur darin, die Botschaft und Gnade Christi den Menschen nahezu bringen, sondern auch darin, die zeitliche Ordnung mit dem Geist des Evangeliums zu durchdringen und zu vervollkommen“ (Nr. 5). Und in der Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ fährt das Konzil fort: „Dabei bestimmt die Kirche kein irdischer Machtwille, sondern nur dies eine: unter Führung des Geistes, des Trösters, das Werk Christi selbst weiter zu führen, der in die Welt kam, um von der Wahrheit Zeugnis zu geben, zu retten nicht zu richten; zu dienen, nicht sich bedienen zu lassen“ (Nr. 3).

Die folgenden Ausführungen beschränken sich bewusst auf die wesentlichen Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils über die zeitliche Ordnung des wirtschaftlichen Lebens, weil dies unmittelbar das Anliegen Ihres Kongresses ist.

Eine Aussage der Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ formuliert eine entscheidende Grundüberzeugung des Zweiten Vatikanischen Konzils. Es heißt dort: „Heute steht die Menschheit in einer neuen Epoche ihrer Geschichte, in der tief greifende und rasche Veränderungen Schritt um Schritt auf die ganze Welt übergreifen (N r. 4) ... So vollzieht die Menschheit einen Übergang von einem mehr statischen Verständnis der Ordnung der gesamten Wirklichkeit zu einem mehr dynamischen und evolutiven Verständnis“ (Nr. 5). Das Konzil ist weit davon entfernt, diese Dynamik zu verurteilen, sondern sieht darin gerade auch im Raum der Wirtschaft eine Herausforderung und Aufgabe.

---

<sup>3</sup> Agostino Kardinal Casaroli ist Kardinal-Staatssekretär. Der Vortrag wurde in Deutsch gehalten.

Es geht dabei von zwei empirischen Tatsachen aus: von der Tatsache der raschen Bevölkerungsvermehrung und von der Tatsache der steigende Bedürfnisse der Menschen. Das Konzil beurteilt diese beiden Tatsachen keineswegs negativ, sondern als eine Aufgabe, die es zu bewältigen gilt und zwar durch zwei Maßnahmen: erstens durch eine bessere Indienstnahme der Erde und ihrer Möglichkeiten, allerdings ohne sie zu gefährden und zu zerstören; zweitens durch eine bessere Zusammenarbeit und eine bessere Organisation der Wirtschaft als eines gesellschaftlichen Prozesses. Das bedeutet zugleich eine doppelte Initiative in wissenschaftlich-technischer Hinsicht, aber ebenso eine Initiative auf der zwischenmenschlichen und organisatorischen Ebene. Es ist nicht Aufgabe der Kirche und des Konzils, dafür konkrete Anweisungen zu geben. Sie verfügt, wie schon die Sozialzyklika „Quadragesimo anno“ sagte, in technischer Hinsicht über keine Kompetenz. Entscheidend aber ist die grundsätzlich positive Aussage des Zweiten Vatikanischen Konzils, dass die wirtschaftliche Initiative viel mehr ist als ein bloß technischer Vorgang, sondern dass sie gerade im Hinblick auf die Dynamik der modernen Menschheit eine sittliche Forderung und einen sittlichen Auftrag darstellt.

## **Besorgnisse und Anfragen**

Gerade weil die moderne Wirtschaft vor so großen Aufgaben steht und weil ihr heute Mittel zur Verfügung stehen, die früher unbekannt waren, ist es verständlich, dass das Zweite Vatikanische Konzil in der Tradition der Soziallehre der Kirche auch seine tiefe Besorgnis über mögliche Fehlentwicklungen und offenkundige Gefahren ausspricht.

Eine erste Besorgnis formuliert das Zweite Vatikanische Konzil folgendermaßen:

„Nicht wenige Menschen scheinen, besonders in wirtschaftlich fortgeschrittenen Gegenden, von der Wirtschaft nahezu beherrscht zu werden, so dass fast ihr ganzes persönliches und gesellschaftliches Leben durch eine ökonomische Gesinnung geprägt wird, sowohl in Nationen, die eine kollektivistische Wirtschaftsverfassung haben, als auch in anderen“ (Nr. 63). Hier spricht das Zweite Vatikanische Konzil von einer Gefahr, die Papst Johannes Paul II. sowohl in seinem Rundschreiben „Redemptor hominis“ als auch in „Laborem exercens“ als durchaus gegeben bezeichnet. Sie besteht darin, dass die hoch entwickelte moderne Industriewirtschaft das materielle Interesse des Menschen so steigert und das gesellschaftliche Leben so sehr von den angeblichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten abhängig macht, dass die für die Entfaltung des gesamten Menschen und die für ein menschenwürdiges gesellschaftliches Leben notwendigen anderen Werte und Ziele in den Hintergrund gedrängt werden. Es ist klar, dass die Wirtschaft als solche diese gesamt menschlichen und gesellschaftlichen Werte und Ziele nicht selber erzeugen und vermitteln kann. Aber sie kann dazu beitragen, dass diese Werte und Ziele verdrängt oder an gesellschaftlicher Gestaltungskraft verlieren. Das gilt keineswegs bloß für die Industrieländer, sondern genau so für die Entwicklungsländer.

Das Konzil formuliert diese Problematik sehr deutlich, indem es sagt: „Die fundamentale Sinnhaftigkeit der Produktion liegt nicht in einer bloßen Steigerung des Ausstoßes an produzierten Gütern, auch nicht im Gewinn oder in der Erzielung einer Machtstellung, sondern im Dienst am Menschen, und zwar am ganzen Menschen, wobei Rücksicht zu nehmen ist auf die Rangordnung seiner materiellen Bedürfnisse und auf die Erfordernisse seines intellektuellen, sittlichen, geistigen und religiösen Lebens“ (Nr. 64).

Eine zweite Besorgnis hängt damit eng zusammen. Sie lässt sich kurz in der Frage nach der Rolle des arbeitenden Menschen im Wirtschaftsprozess zusammenfassen. Das Zweite Vatikanische Konzil ist weit davon entfernt, soziale Utopien zu vertreten. Es weiß nur zu gut, dass Arbeit mit Mühe verbunden ist und dass sich der Vollzug der Arbeit an Gesetzmäßigkeiten zu orientieren hat, die sowohl in der Materie als auch von der Notwendigkeit der Arbeitsteilung

vorgegeben sind. Das galt zu allen Zeiten und gilt in besonderer Weise in einer hoch spezialisierten Industriewirtschaft. Trotzdem sagt das Zweite Vatikanische Konzil:

Ursprung und Ziel des wirtschaftlichen Prozesses ist der Mensch und zwar nicht nur in dem Sinn, dass er an dem Ergebnis der Wirtschaft seinen berechtigten Anteil erhält, sondern auch in dem Sinn, dass er im wirtschaftlichen Handeins selber Mensch bleibt und wie es „*Laborem exercens*“ formuliert - mehr Mensch wird. Das Zweite Vatikanische Konzil würde sein sowohl vom Evangelium als auch von der menschlichen Gesamtüberzeugung geprägtes Menschenbild verleugnen, wenn es nicht auf die Gefahr hinwiese, dass der Mensch in seinem Arbeitsvollzug an seiner Persönlichkeit verkümmert und an Mitverantwortung verarmt. Es ist auch hier nicht die Aufgabe der Kirche und des Konzils, konkrete Anweisungen zu geben, wie das sittliche Ziel des „mehr-Mensch-werden“ in und durch die Arbeit verwirklicht werden kann. Vor möglichen Utopien wurde bereits gewarnt. Aber ebenso will das Zweite Vatikanische Konzil davor warnen, die Gestaltung und den Ablauf der Wirtschaft ausschließlich den technischen Zweckmäßigkeiten und organisatorischen Rationalitäten zu überlassen. „Die menschliche Arbeit, die in der Erzeugung und Verteilung von Gütern sowie in der Bereitstellung von Dienstleistungen betrieben wird, überragt alle übrigen Elemente des wirtschaftlichen Lebens, die ja nur instrumentalen Charakter haben“ (Nr. 67).

Eine dritte Besorgnis des Zweiten Vatikanischen Konzils berührt direkt das eigentliche Thema dieses Kongresses: die Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft. Wie bereits erwähnt, geht das Konzil in seinen wirtschaftsethischen Aussagen von zwei Tatsachen aus: von der Tatsache der ungeheuren Leistungsfähigkeit der modernen Industriewirtschaft auf der einen Seite und von der Tatsache der wachsenden Verflechtung und Abhängigkeit der am Wirtschaftsprozess Beteiligten auf der anderen Seite. Diese beiden Tatsachen weisen aus sich heraus auf ein Ziel hin, das, wie die Pastorkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ sagt, darin besteht, dass „die bestehenden und oft noch zunehmenden, mit individueller und gesellschaftlicher Diskriminierung verbundenen wirtschaftlichen Ungleichheiten sobald wie möglich aus der Welt geschaffen werden“ (Nr. 66). Und das Konzil fügt als Begründung hinzu: „Gott hat die Erde mit allem, was sie enthält, zur Nutzung für alle Menschen und Völker bestimmt, so dass die geschaffenen Güter allen nach Recht und Billigkeit zufließen können“ (Nr.69).

Die Besorgnis des Zweiten Vatikanischen Konzils besteht vor allem darin, dass die Möglichkeiten, die der heutige wirtschaftlich-technische Fortschritt bietet, nicht ausreichend dafür eingesetzt werden, dass der Hunger beseitigt und - wie das Konzil wörtlich sagt den Entwicklungsländern jene Hilfsmittel angeboten werden, „die es ihnen gestatten, sich selbst zu helfen und zu entwickeln“ (Nr. 69). „Unsere Zeitgenossen empfinden diese Ungleichheiten mit immer lebhafterem Bewusstsein: denn sie sind überzeugt, dass die umfassenden technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, deren sich die heutige Welt erfreut, diesen unseligen Zustand verbessern können und müssen“ (Ne. 63).

Das Zweite Vatikanische Konzil gibt sich keiner Täuschung hin, dass die Verwirklichung dieses Zieles nur stufenweise und in einem harten Bemühen geschehen kann. Es weist ausdrücklich darauf hin, dass dazu auch in den Entwicklungsländern selber tief greifende Veränderungen vollzogen werden müssen und sagt wörtlich: „Man muss sich davor hüten, irgendwelche Gewohnheiten für völlig unveränderlich zu halten, wenn sie den neuartigen Erfordernissen unserer Zeit nicht mehr entsprechen“ (Nr. 69). Auf der anderen Seite aber warnt das Konzil ebenso eindringlich davor, die Lösung der Entwicklungsproblematik primär darin zu sehen, die Wirtschaftsformen und die Wirtschaftsgesinnung der Industrieländer einfachhin auf die Dritte Welt zu übertragen.

## Aufgaben für die Zukunft

Aus dem grundsätzlich positiven Verhältnis des Zweiten Vatikanischen Konzils zu den Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft und aufgrund der angeführten Besorgnisse lassen sich im Geist dieses Konzils einige Aufgaben formulieren, die gerade im Hinblick auf die Entwicklung der Weltwirtschaft in die Zukunft weisen und auch im Mittelpunkt der Diskussionen dieses Kongresses stehen werden. Ich möchte mich dabei auf einige grundsätzliche Aussagen beschränken, die in die unmittelbare Zuständigkeit der Kirche gehören.

Erstens: Das Vatikanische Konzil spricht ausdrücklich von den der Wirtschaft eigenen „Methoden und Gesetzmäßigkeiten“ (Nr. 64). Das heißt mit anderen Worten: Es wäre töricht zu glauben, dass in der Wirtschaft alles möglich wäre, dass man an sie jede Art von Forderungen stellen könne, auch solche utopischer Art. Die Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ betont, dass die Wirtschaftsgesetze anzeigen, „welche Zielsetzungen möglich, welche nicht möglich sind“ (Nr. 43). Das Zweite Vatikanische Konzil anerkennt die Existenz solcher Wirtschaftsgesetze, und die Soziallehre der Kirche bestätigt diese Aussage. Sie gelten nicht nur für die Gestaltung der innerstaatlichen Wirtschaft, sondern auch und umso mehr für die Verwirklichung der Weltwirtschaft.

Zweitens: Das gleiche Vatikanische Konzil betont, dass die Wirtschaftsgesetze nicht automatisch das Ziel der Wirtschaft verwirklichen und damit sozusagen die letzte Instanz des wirtschaftlichen Handelns darstellen. Sie müssen vielmehr „im Rahmen der sittlichen Ordnung“ verstanden und soweit wie möglich aktualisiert werden, das heißt innerhalb von Werten und Zielen, die nicht mehr allein dem wirtschaftlichen Handeln entnommen werden können, sondern aus einem größeren Kontext stammen. Darum sagt „Quadragesimo anno“: „Aus der gleichen Sachgüterwelt sowie der Individual- und Sozialnatur des Menschen entnimmt sodann die menschliche Vernunft mit voller Bestimmtheit das von Gott dem Schöpfer der Wirtschaft als Ganzem vorgesteckte Ziel“ (Nr. 42). Das heißt mit den Worten des Zweiten Vatikanischen Konzils: Dienst am Menschen und zwar am ganzen Menschen und an jedem Menschen. Das wirtschaftliche Handeln ist daher immer in seinem gesamt menschlichen Kontext zu sehen.

Drittens: Dieser zwischenmenschliche Zusammenhang ist keine statische Größe, sondern unterliegt der gesellschaftlichen Dynamik. Diese ist, wie das Konzil sagt, heute durch die wachsende Einheit und Solidarität aller Menschen und Völker gekennzeichnet. Darum wird die Verwirklichung der Bedarfsdeckung der gesamten Menschheit zum sittlich verpflichtenden Rahmen, in dem sich die der Wirtschaft eigenen „Methoden und Gesetzmäßigkeiten“ zu aktualisieren haben. Es sei noch einmal betont: Dieses Ziel unterliegt nicht der freien Willkür, sondern ist im Kontext der heutigen Welt der Wirtschaft verpflichtend vorgegeben.

Viertens: Daraus ergibt sich für die nationalen Wirtschaften und für die Verwirklichung der Weltwirtschaft eine Reihe von Konsequenzen. Im Sinn der Soziallehre der Kirche kann diese Weltwirtschaft nie im Sinn einer zentral verwalteten und allbeherrschenden Kollektivwirtschaft verstanden werden, sondern einzig in der subsidiären, aber solidarischen Zuordnung der nationalen und regionalen Wirtschaftseinheiten. Dies wird eine Reihe von einschneidenden organisatorischen Maßnahmen erfordern, die sowohl von den industrialisierten Ländern als auch von den Entwicklungsländern große Opfer verlangen.

Fünftens: Diese Opfer und Verzichte aber können nicht zuerst durch organisatorische Maßnahmen erzwungen werden. Es braucht dazu wesentlich den breiten Konsens und die Bewusstseinsbildung der Solidarität. Die Soziallehre der Kirche hat die Zuständereform immer eng mit der Gesinnungsreform verbunden. Hier liegt eine große Aufgabe der Religion und der Kirche. Sie will heute nicht nur die sittlichen Ziele und die ethische Verantwortung aufzeigen.

Sie will auch ihren Beitrag zur Bewusstseinsveränderung leisten, und das nicht nur in den industrialisierten Ländern, sondern auch in der Dritten Welt. Dazu aber braucht sie ganz wesentlich den Dialog mit jenen Kräften und Instanzen, die für die Verwirklichung der großen Menschheitsziele von heute die unmittelbare Verantwortung tragen: mit den Menschen der Wirtschaft und zwar sowohl mit den Arbeitgebern wie mit den Arbeitnehmern in den Industrieländern sowie in den Entwicklungsländern. Diesen Dialog hat das Zweite Vatikanische Konzil vor zwanzig Jahren eröffnet. Dieser Kongress im zwanzigsten Jahr nach Abschluss des Konzils will diesen Dialog neu aufgreifen und weiterführen.

Sechstens: Sie werden auch auf diesem Kongress zu keinen Patentlösungen kommen. Es werden Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen über die konkrete Verwirklichung der fast übermenschlichen Aufgabe auftreten. Das ist durchaus möglich und in der Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ direkt vorgesehen. Aber lassen Sie sich dadurch nicht entmutigen. Was heute dringend nottut, ist die Überwindung der Resignation und der Mut zur Initiative. Vergessen wir nicht, was die Sozialzyklika „Quadragesimo anno“ schon vor mehr als fünfzig Jahren gesagt hat: Die schärfste Verurteilung „verdient der Leichtsin, der um all dieses unbekümmert Zustände weiter bestehen lässt, die den fruchtbaren Nährboden berechtigter Unzufriedenheit abgeben und so der an erstrebten Weltrevolution Schrittmacherdienste leisten“ (Nr. 112).

Dieses Wort hat auch für die Welt von heute seine ganze Bedeutung. Ich freue mich herzlich über Ihre Initiative und wünsche dem Kongress einen erfolgreichen Verlauf und den besonderen Segen Gottes.



# **Joseph Kardinal Höffner<sup>1</sup>:**

## **DIE WELTWIRTSCHAFT IM LICHT DER KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE**

Seit einigen Jahren wendet sich die Katholische Soziallehre intensiv weltwirtschaftlichen Fragen zu, wobei es auffällt, dass weltwirtschaftliche Probleme in den Vordergrund gerückt werden. Papst Johannes Paul II. fordert in seiner Enzyklika über die menschliche Arbeit eine die Grenzen der Staaten überschreitende „Gesamtplanung“<sup>2</sup>. Die Bischöfe der Vereinigten Staaten bereiten einen Hirtenbrief vor, der sich mit der weltweit verflochtenen amerikanischen Wirtschaft befasst. Bischöfe der Dritten Welt verlangen eine neue Weltwirtschaftsordnung. - So will auch ich versuchen, im Licht der Katholischen Soziallehre einige grundsätzliche Aussagen über die Weltwirtschaft zu machen. Es geht mir um das die Weltwirtschaft prägende Spannungsverhältnis zwischen solidarischem Verbundensein und solidarischem Verpflichtetsein.

Der Grundsatz der Solidarität (von *solidare* = fest zusammenfügen) besagt wechselseitiges Verbundensein und Verpflichtetsein. Damit sind sowohl der Individualismus, der die Sozialnatur des Menschen leugnet und in der Gesellschaft nur einen Zweckverband zum mechanischen Ausgleich der Einzelinteressen sieht, als auch der Kollektivismus, der den Menschen seiner Personwürde beraubt und zum bloßen Objekt gesellschaftlicher, staatlicher und wirtschaftlicher Prozesse erniedrigt, als gesellschaftliche Ordnungsprinzipien abgelehnt. Der Grundsatz der Solidarität steht nicht irgendwo in der Mitte zwischen Individualismus und Kollektivismus, sondern stellt, da er bei der Personwürde und bei der wesenhaft sozialen Anlage des Menschen zugleich ansetzt, eine neue und eigenartige Aussage über das Verhältnis zwischen Mensch und Gesellschaft dar. Einerseits gründet dieses Prinzip in der seinsmässig vorgegebenen wechselseitigen Verbundenheit (Gemeinverstrickung) des einzelnen und der Gesellschaft, andererseits besagt es die sich aus diesem Seinsverhalt ergebende sittliche Verantwortung (Gemeinhaftung). Solidarität ist mithin ein ontisches und ethisches Prinzip zugleich.

Das Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland bekannte sich in einem Urteil vom 20. Juli 1954 zu demselben Grundsatz: „Das Menschenbild des Grundgesetzes ist nicht das eines isolierten souveränen Individuums. Das Grundgesetz hat vielmehr die Spannung Individuum und Gemeinschaft im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit der Person entschieden ohne dabei deren Eigenwert anzutasten“.<sup>3</sup>

### **I. Solidarisches Verbundensein**

#### **1. Die biologische und metaphysische Einheit des Menschengeschlechts**

Obwohl der Mensch wie kein anderes Wesen auf dieser Erde eine Welt für sich ist, einzigartig er selbst, nie wiederholt, nie wiederholbar, ruht er dennoch nicht beziehungslos in sich selbst. Er ist geöffnet, ansprechbar, seinem Wesen nach dialogisch, eingefügt in das Menschengeschlecht. Trotz ihrer Verschiedenheit nach Hautfarbe und Volkstum sind die Menschen durch dieselbe Menschennatur biologisch und metaphysisch geeint. Sie sind nicht nur viele, sondern viele derselben Art. Alle haben die gleichen Chromosomen, woraus folgt, dass die Menschen,

---

<sup>1</sup> Joseph Kardinal Höffner ist Erzbischof von Köln und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

<sup>2</sup> Enzyklika „*Laborem exercens*“, 14. September 1981, Nr. 18.

<sup>3</sup> Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, 4, 120.

wie Professor Jerome Lejeune schreibt, „ursprünglich in einer sehr begrenzten Gruppe, ja bei einem einzigen Paar“ in Erscheinung getreten sein müssen. „Die uralte Idee, dass die Menschen Brüder sind, ist demnach nicht eine bloße philosophische Annahme oder eine moralische Forderung, sondern eine einfache Feststellung der Realität“.<sup>4</sup> Unabhängig von Vereinbarung und Zustimmung bildet die Menschheit in biologischer, metaphysischer, geistiger, sittlicher, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht eine ursprüngliche, vorgegebene Einheit. Die ganze Menschheit ist auf die gemeinsamen geistig-sittlichen Werte des Wahren, Guten, Schönen und Heiligen hingeordnet.

In früheren Jahrtausenden, ja noch vor wenigen Jahrhunderten standen die Erdteile und Kulturkreise kaum in Berührung miteinander. Heute haben Presse und Rundfunk, Kriegsdrohung und Friedenssehnsucht, Weltwirtschaft und Weltverkehr die ganze Menschheit zu schicksalhafter Einheit verbunden wie nie zuvor. Auch die katholische Kirche nimmt immer mehr weltweite Dimensionen an. Die Gewichte verlagern sich in die südliche Hemisphäre. Von den achthundertvierzig Millionen Katholiken leben noch zweihundertsiebzig Millionen in Europa und siebzig Millionen in Nordamerika, die übrigen fünfhundert Millionen jedoch in anderen Kontinenten: in Lateinamerika, Afrika und Asien. Papst Pius XII. meinte in seiner Weihnachtsansprache vom 23. Dezember 1930: „Man öffne die Grenzsperrn, man beseitige die Drahtverhaue, man gewähre jedem Volk freien Einblick in das Leben aller anderen, man hebe die dem Frieden so abträgliche Abschließung bestimmter Länder von der übrigen Kulturwelt auf.“ Das ist nur möglich; wenn die gemeinsamen geistigen und sittlichen Grundwerte von allen Völkern anerkannt werden. Es ist tröstlich, dass trotz aller „Eisernen Vorhänge“ das Bewusstsein weltweiter Solidarität bei allen Völkern immer stärker wird.

## **2. Die wirtschaftliche Solidarität der Menschheit**

Auch wirtschaftlich bildet die ganze Menschheit eine vorgegebene Einheit. Die Katholische Soziallehre bringt dafür folgende Gründe vor:

### a) Die Gemeinwidmung der Erdengüter

Gott hat die Erdengüter ursprünglich „der ganzen Menschheitsfamilie gewidmet“<sup>5</sup>, also nicht bestimmten Menschen zugewiesen, wie jedem seinen Leib. Deshalb darf das Privateigentum, wie Papst Pius XII. sagt, „von Jenem ursprünglichen Nutzungsrecht aller“ nicht losgelöst werden. Ist ein Mensch in äußerster Not, so setzt sich jener übergeordnete naturrechtliche Anspruch gegen jede entgegenstehende positive Eigentumsordnung durch: „In äußerster Not ist alles gemeinsam“<sup>6</sup>, ein gewagter Satz, der hohe Anforderungen an die Reinheit der Gesinnung stellt, aber in Katastrophenzeiten auch befreiend zu wirken vermag.

Der Grundsatz der ursprünglichen Gemeinwidmung der Erdengüter gilt auch für die Völkergemeinschaft. Es ist ein Unrecht, so erklärte Papst Pius XII. am 24. 12. 1941, wenn reiche Länder „auf eine derartige Aneignung der gemeinnützigen wirtschaftlichen Hilfsquellen und Rohstoffe abzielen, dass die von der Natur weniger begünstigten Nationen davon ausgeschlossen bleiben“, Das Zweite Vatikanische Konzil hat diese Lehre bekräftigt und gefordert, dass jeder seinen Besitz „zugleich als Gemeingut“ ansehen müsse. „Das Ärgernis soll vermieden werden dass einige Nationen, deren Bürger in überwältigender Mehrheit den Ehrennamen Christen tragen, Güter in Fülle besitzen, während andere nicht genug zum Leben haben und

---

<sup>4</sup> Jerome Lejeune, über den Beginn des menschlichen Lebens. In: Die Herausforderung der Vierten Welt. Köln 1973, Seite 45.

<sup>5</sup> Enzyklika „Quadragesimo anno“, 45.

<sup>6</sup> Thomas von Aquin, Summa Theol. 11. 11. 86, 7.

von Hunger, Krankheit und Elend aller Art gepeinigt werden.<sup>7</sup> Die Gemeinwidmung der Erdgüter findet ihre Verwirklichung im weltwirtschaftlichen Austausch. Als Papst Paul VI. in seiner Enzyklika „*Populorum progressio*“ (Nr. 22-23) auf diese Zusammenhänge erneut hinwies, wirkte das fast wie eine Sensation, ein Zeichen dafür, wie wenig die Katholische Soziallehre bekannt ist.

#### b) Die weltwirtschaftliche Verbundenheit als Band der Einheit unter den Völkern

Seit den frühen christlichen Jahrhunderten haben Kirchenväter, Bischöfe und Theologen immer wieder darauf hingewiesen, dass Gott in seiner Güte die Bodenschätze und die landwirtschaftlichen Güter ungleich an die einzelnen Länder verteilt habe, um auf diese Weise die Völker zum freundschaftlichen Austausch anzuregen und sie friedlich miteinander zu verbinden. Gott hat es so gewollt, meinte Johannes Chrysostomus (gestorben 407), dass nicht überall alles wächst und erzeugt wird, um die Völker auf diese Weise durch den Warenaustausch inniger miteinander zu verbinden. Theodoret von Cyrus (gestorben 458) verglich das zwischen den Ländern liegende Meer mit dem Markt einer ausgedehnten Stadt und die Inseln mit den Herbergen für die Kaufleute.

Heinrich Heimbuche von Langenstein, geboren 1325 in Hessen, griff diesen Gedanken auf und legte dar, dass es Aufgabe des Außenhandels sei, die Völker „in Freundschaft und Liebe“ miteinander zu verbinden.<sup>8</sup> Der Schotte Johannes Mayor (John Mayr), gestorben 1550, legte dar, dass kein Land ohne Handel bestehen könne: „Die Könige und Fürsten Britanniens, Norwegens und des Nordens haben in ihren Ländern weder Wein noch Weinstöcke. Es muss also einige kluge Leute geben, die den Wein zum Nutzen des Staates in diese Gegenden bringen“. Für Island sei der Handel geradezu lebensnotwendig. Getreide und sonstige Waren, die es in Island nicht gebe, brächten die englischen Kaufleute dorthin, die dafür große Mengen Fische aufkauften.<sup>9</sup> Papst Pius XII. hat diese Gedanken auf die Gegenwart angewandt. An die Stelle des Eigennutzes müsse „eine ehrliche, rechtliche und wirtschaftliche Verbundenheit treten, eine brüderliche Zusammenarbeit der Völker“ (24. 12. 1940). Auch Papst Johannes XXIII. wies darauf hin, dass die Menschen in allen Teilen der Welt gleichsam „Bewohner ein und desselben Hauses“ seien, so dass „ein dauerhafter und segensreicher Friede nicht gewährleistet sei, wenn die wirtschaftliche und soziale Lage des einen von der des anderen allzu stark abweiche“.<sup>10</sup>

#### c) Die Weltwirtschaft im Dienst der Freiheit

Es ist ein Verdienst der großen spanischen Theologen des 16. Jahrhunderts, den Austausch zwischen den Völkern und Nationen unter das Zeichen der Freiheit gestellt zu haben. „Zu Beginn der Welt“, so schreibt Francisco Vitoria (gestorben 1546), „als noch alles gemeinsam war, stand es jedem frei, in jede beliebige Gegend zu reisen und zu ziehen. Dieses Recht scheint durch die Güterteilung nicht aufgehoben zu sein. Keineswegs ist es nämlich die Absicht der Völker gewesen, durch jene Teilung den Verkehr der Menschen untereinander abzdrosseln.“ So können zum Beispiel die Franzosen den Spaniern nicht verbieten, nach Frankreich zu ziehen und dort zu wohnen, „wenn sie dort kein Unrecht verüben“. Erst recht dürfen

---

<sup>7</sup> Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“, Nr. 69 und 88.

<sup>8</sup> „*propter amicitiam et dilectionem inter homines habendam*“ (Tractatus des contractibus. Köln 1984, Bd. IV. cap. 2 fol 186a)

<sup>9</sup> In IV. Sent. Paris 1521. Dist. 15, qu. 40, fol. 109. - Vergleiche Joseph Höffner, Wirtschaftsethik und Monopole im 15. und 16. Jahrhundert. Jena 1941, Seite 98-99.

<sup>10</sup> Enzyklika „*Mater et Magistra*“, 157.

die Schiffe an allen Küsten der Welt anlegen; denn „das fließende Wasser und das Meer, die Flüsse und Häfen“ sind allen gemeinsam<sup>11</sup>

Weltwirtschaftliche Verbundenheit bedeutet weder Zentralverwaltungswirtschaft noch Schaffung eines einheitlichen Weltstaates. Ein solches Reich wäre ein ungeschlachter Koloss. Ein Riesenschiff von zwei Stadien Länge, meinte zum Beispiel Dominikus Soto (gestorben 1560), könne man kaum lenken. Solange es mit rein menschlichen Dingen zugehe, schrieb Franz Suarez (gestorben 1617), werde es wohl nie zur Schaffung eines Weltstaates kommen.<sup>12</sup>

Die Katholische Soziallehre hält - auch im Interesse der Weltwirtschaft - die Marktwirtschaft für die richtige Grundform der Wirtschaftsordnung. Sie ist jedoch davon überzeugt, dass ihr ein humanes Leitbild gegeben werden muss. Die Weltwirtschaft ist kein Automat, sondern ein vom geordneten und ordnenden Willen des Menschen zu gestaltender Kulturprozess. Zum Marktmechanismus und zum Streben nach wirtschaftlichem Erfolg muss die soziale Ausrichtung der Weltwirtschaft treten. Sie ist steuerungsfähig und steuerungsbedürftig. Der Sinn der Weltwirtschaft liegt weder - rein formalistisch - im bloßen Handeln nach dem ökonomischen Rationalprinzip noch in der Technokratie noch in der bloßen Rentabilität noch im größtmöglichen materiellen „Glück“ einer größtmöglichen Menschenzahl. Das Sachziel der Wirtschaft besteht vielmehr in der dauernden und gesicherten Schaffung jener materiellen Voraussetzungen, die den Menschen und Völkern eine menschenwürdige Entfaltung ermöglichen. In der Dritten Welt haben Bischöfe und Laien mir oft gesagt, dass sie sich um des Menschen willen gegen den praktischen Materialismus und gegen den Ungeist des Konsumismus wehren. Es geht ihnen um die gesamt menschliche Erfüllung: in Ehe und Familie, in Arbeit und Beruf, in der Liebe zum Schönen, im Zeithaben für Freude und Spiel. Ihre Erfüllung findet die gesamt menschliche Integration in der Religion.

## **II. Solidarisches Verpflichtetsein**

Das vorgegebene solidarische Verbundensein ist Anspruch, Aufgabe, Verpflichtung. Leider ist in der Welt von heute weithin an die Stelle der Solidarität unter den Völkern die Angst voreinander getreten. Das Wettrüsten nimmt kein Ende. Die Bedrohung wächst ins Unvorstellbare, bis zur Selbstvernichtung der Menschheit. Immer mehr Staaten sind versucht, sich wirtschaftlich abzukapseln: durch Wettbewerbsbeschränkungen, durch Protektionismus, durch den Sonderschutz einzelner Wirtschaftssektoren, zum Beispiel der Landwirtschaft, durch Subventionen, durch nichtwettbewerbskonforme Maßnahmen, durch bilaterale Einengung des seinem Wesen nach multilateralen Welthandels. Und doch lehrt die Erfahrung, wie richtig die Aussage der Enzyklika „Mater et magistra“ ist: „Die einzelnen Länder sind darauf angewiesen, sich gegenseitig auszuhelfen und zu ergänzen. Sie können ihr eigenes Wohl nur dann wahren, wenn sie zugleich auf das Wohl anderer Länder Bedacht nehmen“ (Nr. 202). Im Grunde entspricht die weltwirtschaftliche Solidarität dem eigenen Interesse.

Angesichts der bedrohlichen Lage, in der sich heute die Menschheit befindet, müssen sich alle Völker ihrer solidarischen Verbundenheit erneut bewusst werden. Ein neues Bewusstsein vermag die Verhältnisse zu ändern. Dass dies möglich ist, zeigt die neuere Geschichte. Hexenwahn, Sklaverei und Kolonialherrschaft sind auf diese Weise beseitigt worden. Warum sollte eine Bewusstseinsänderung nicht auch zur Ächtung des Krieges und zur Überwindung von Hunger und Elend führen? Das Gleichgewicht des Schreckens ist gefährlich und die so genannte Krisenstabilität zerbrechlich.

---

<sup>11</sup> De Indis (Getino 11). Madrid 1934, Seite 358 ff.

<sup>12</sup> Vergleiche Joseph Höffner, Kolonialismus und Evangelium. 3. Auflage. Trier 1972, Seite 298.

Ein neues Bewusstsein weltweiter solidarischer Verantwortung wird freilich nur dann entstehen, wenn die Rechte aller Völker „auf Existenz, auf Freiheit, auf Unabhängigkeit, auf eine eigene Kultur und auf eine echte Entwicklung“ gesichert<sup>13</sup> und wenn Elend und Hunger überall überwunden werden. Die hungernden Völker der Dritten Welt erwarten vor allem von den Christen ein Zeichen. Bleibt dieses Zeichen aus, droht die Gefahr, dass, wie Papst Paul VI. gesagt hat, ein zweiter Messias“ durch „großtuerische, aber trügerische Versprechungen“ die Massen aufwiegeln und an „totalitäre Ideologien“ ausliefern wird“<sup>14</sup> Das Ärgernis, dass dem Reichtum in den fortgeschrittenen Industriestaaten der Hunger in den Entwicklungsländern gegenübersteht, kann nur durch die Solidarität aller Völker beseitigt werden.

Von der entwickelten Industriegesellschaft geht heute eine weltweite Suggestivwirkung aus. Völker, die jahrtausendlang in einer gewissen statischen Genügsamkeit gelebt hatten, sind erwacht und zu einem neuen Bewusstsein gelangt. Dieses Erwachen aber geschieht mit dem Blick auf den Zivilisationskomfort der entwickelten Industriestaaten, denen gegenüber man sich selbst als enterbt, zurückgesetzt oder gar als ausgebeutet betrachtet. Wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die industrielle Arbeiterschaft Europas sich ihrer Klassenlage innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bewusst geworden ist, was unübersehbare politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen hatte, so werden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Menschen in den Entwicklungsländern sich ihrer Lage innerhalb der Völker und Staaten der ganzen Welt bewusst, was zu noch gewaltigeren Auswirkungen führen wird.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat vor allem die politische Klugheit die wohlhabenderen Staaten veranlasst, den Entwicklungsländern wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Die Katholische Soziallehre stellt demgegenüber die Frage nach dem solidarischen Verpflichtetsein in den Vordergrund. Folgende Erwägungen drängen sich auf:

1. Es muss Herz und Gewissen der Menschen in den wohlhabenden Staaten erschüttern, dass heute von den 4,8 Milliarden Menschen eine Milliarde teils unterernährt ist, teils buchstäblich Hunger leidet. Nach den Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) waren in der Zeit von 1974 bis 1976 durchschnittlich vierhundertsechsdreißig Millionen Menschen in der Welt am hungern oder am verhungern. Jeder sechste Afrikaner ist unterernährt oder leidet Hunger. Der Hunger in der Welt ist zu einem dauernden Hauptproblem der Menschheit geworden. Trotz verstärktem Kampf gegen den Hunger wird diese Geißel, wenn nicht tatkräftig geholfen wird, noch viele Jahre weiter bestehen.

2. Der Satz „Je dichter die Bevölkerung, desto größer ist der Hunger“ stimmt so nicht, wenn auch das Problem der Überbevölkerung nicht verharmlost werden darf. Das Rhein-Ruhr-Gebiet gehört, um ein Beispiel zu nennen, zu den am dichtesten bevölkerten Gebieten der Erde. Trotzdem leiden die Menschen im Rhein-Ruhr-Gebiet keinen Hunger. Im Gegenteil, man pflegt dieses Gebiet als ein typisches Beispiel der so genannten Wohlstandsgesellschaft zu bezeichnen.

Auf der Römischen Bischofssynode des Jahres 1980 wurde leidenschaftlich dagegen protestiert, dass die reichen Länder durch Missbrauch der Entwicklungshilfe den Menschen in der Dritten Welt gewisse Methoden der Geburtenbeschränkung aufzwingen wollten. Man wolle die Völker der Dritten Welt „klein halten“.

---

13 Papst Johannes Paul II. in seiner Homilie bei der Messe im Konzentrationslager Birkenau, 7. Juni 1979.

<sup>14</sup> Enzyklika „Populorum progressio“, 11.

3. Bei der Frage nach den Ursachen der Verelendung sind zunächst zwei Bereiche zu unterscheiden: einerseits die in den einzelnen Ländern zwar vorhandenen aber noch nicht oder nur zum Teil ausgenützten landwirtschaftlichen Möglichkeiten (Bodenbeschaffung, Fruchtbarkeit, Bewässerung und dergleichen), andererseits die jeweilige gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die einer Auswertung der landwirtschaftlichen Möglichkeiten weithin hinderlich sind. In den so genannten Entwicklungsländern lassen die überkommenen Feudalsysteme, der Kapitalmangel, die primitiven Ackerbau-Methoden, die fehlende berufliche Ausbildung, die hinausgezögerte Agrarreform und zahlreiche andere Gründe den wirtschaftlichen Aufschwung nur schwer in Gang kommen. Dazu kommt, dass eine weltweite Wirtschaftspolitik fehlt und dass die Entwicklungshilfe der reichen Länder unzureichend ist. Die Folgen stellen eine Kette des Elends dar: fehlende Arbeitsplätze - Arbeitslosigkeit - Armut - fehlende Nachfrage - geringe landwirtschaftliche Erzeugung - geringes Angebot Unterernährung - Hunger. Auch wirkt es sich in dieser Lage erschwerend aus, dass sich die Bevölkerung, weil der hygienische und medizinische Fortschritt in den Entwicklungsländern leichter und früher als der wirtschaftliche Fortschritt zu erreichen ist, in einem Ausmaß vermehrt hat, mit dem die Nahrungsmittelerzeugung nicht Schritt halten konnte.

4. Angesichts dieser Lage ist es ein Gebot der gesamt menschlichen Gemeinwohlgerechtigkeit, den Menschen in den Entwicklungsländern tatkräftig zu Hilfe zu kommen. In theologischer Sicht gibt es nicht nur eine Menschheitssolidarität der Sünde, worüber die Theologen in der Erbsündelehre Tiefes aussagen, sondern auch eine Menschheitssolidarität der Gerechtigkeit und der Liebe, was bisher nur wenig ausgedeutet worden ist. Je mehr die Menschheit eine Einheit wird, desto mehr sind auch die Menschen fremder Rasse und Zivilisation unsere Nächsten, und desto mehr muss die Solidarität über Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Dorf und Volk hinauswachsen und sich zu der Not nieder neigen, unter der Menschen in anderen Erdteilen leiden.

5. Die Kette des Elends kann nur zerrissen werden, wenn sowohl durch politische Entscheidungen als auch durch weltwirtschaftliche Solidarität großzügig geholfen wird. Die wirtschaftlichen Maßnahmen müssen *marktwirtschaftlich* ausgerichtet sein. Dirigistische Eingriffe sind schon deshalb zum Scheitern verurteilt, weil die Staaten der Dritten Welt sehr empfindlich auf ihre Souveränität pochen. übrigen gestalten auch die kommunistischen Länder ihre Handelsbeziehungen unter sich und mit den Staaten der westlichen Welt weithin nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen.

In einem weltweiten Helfen müssen folgende Ziele angestrebt werden:

a) Der Handel mit den Ländern der Dritten Welt muss ausgeweitet werden. Die gewaltige Schuldenlast der Entwicklungsländer kann nur abgetragen werden, wenn den Staaten der Dritten Welt größere Exportmöglichkeiten gewährt werden. Zurzeit pflegen die fortgeschrittenen Industrieländer ihre Handelsbeziehungen vor allem unter sich selber. So stammten zum Beispiel im Jahre 1982 von der Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 376,1 Milliarden Mark: 321,1 Milliarden Mark aus den Industrieländern der westlichen Welt, 38,7 Milliarden Mark aus den Entwicklungsländern und 16,3 Milliarden Mark aus den sozialistischen Staatshandelsländern.

b) Der Protektionismus, der zu einem großen Teil mit dem internationalen Schuldenproblem verknüpft ist, muss abgebaut werden.

c) Die Bemühungen der Entwicklungsländer, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, müssen unterstützt werden. Dabei kommt dem so genannten „indirekten Arbeitgeber“, also „dem

Gefüge der nationalen und internationalen Stellen, die für die ganze Ausrichtung der Arbeitspolitik verantwortlich sind“, eine große Bedeutung zu. Papst Johannes Paul 11. fordert eine die Grenzen der Staaten überschreitende „Gesamtplanung“!<sup>15</sup>.

d) Im landwirtschaftlichen Bereich müssen die Anbauflächen vermehrt werden. Sachverständige meinen, dass die als Ackerland nutzbare Fläche auf der Erde verdoppelt werden könnte. Auch müssen die Ackerbau-Methoden durch Mechanisierung, Bewässerung, Pflanzenschutz, Seuchenbekämpfung, Düngung und dergleichen verbessert werden.

In vielen Entwicklungsländern, zum Beispiel in Lateinamerika, ist eine Agrarreform (Überwindung der Latifundien- und Minifundien-Struktur) dringend geboten. Bei der Durchführung ist eine Entschädigung nach dem Verkehrswert weder möglich noch von der Katholischen Soziallehre gefordert. Wenn der Soldat sein Leben für das allgemeine Wohl ohne Entschädigung einsetzen muss, wird der Mensch erst recht verpflichtet werden können, zur Behebung schwerster, den Bestand des Staates bedrohender Missstände auf Vermögenswerte gegen eine den Verhältnissen angepasste Entschädigung zu verzichten!<sup>16</sup>

e) Die Entwicklungshilfe muss auch unter schweren Opfern, erheblich ausgeweitet werden. Der Satz: „Jeder ist sich selbst der Nächste“ wird sich für das künftige Schicksal der Menschheit verhängnisvoll auswirken. Unternehmer und Großeigentümer in den Entwicklungsländern verstoßen in schwerer Weise gegen das allgemeine Wohl, wenn sie ihre Mittel „dem produktiven Einsatz“ vorenthalten und - zum Beispiel durch Verlagerung ihrer Kapitalien ins Ausland - dem „Gemeinwesen materielle und ideelle Hilfen, auf die es angewiesen ist“, entziehen.<sup>17</sup> Auch die reich gewordenen Ölländer, bei denen sich Milliardenbeträge angesammelt haben, sind zur Entwicklungshilfe verpflichtet.

f) Die Rüstungsausgaben müssen drastisch gesenkt werden. Im Jahre 1973 wurden auf der Welt zweihundertsieben Milliarden US-Dollar für die Rüstung ausgegeben. Bereits im Jahre 1979 waren die Rüstungsausgaben mit fünfhundertachtzehn Milliarden US-Dollar weit mehr als verdoppelt worden, und 1981 wurden nach Angaben des Internationalen Instituts für Friedensforschung (SIPRI) in Stockholm weltweit sechshundertfünfzig Milliarden US-Dollar für die Rüstung ausgegeben.

g) Die wirtschaftliche Entwicklungshilfe sollte nicht mit der Errichtung von Prestige-Großbetrieben beginnen, sondern bei der Förderung arbeitsintensiver Maßnahmen im Bereich der Substrukturen ansetzen: Bau von Straßen, Brücken, Eisenbahnen, Wasserleitungen und so weiter. Zugleich müssen zahlreiche mittlere und kleinere Betriebe zur Erzeugung von Konsumgütern (Textilbetriebe, Möbelwerkstätten, Betriebe zur Herstellung von Hausrat und dergleichen) geschaffen werden, damit den beim Aufbau der Substrukturen verdienten Löhnen ein entsprechendes Konsumgüterangebot gegenübersteht. Sonst steigen die Preise und die Verelendung bleibt dieselbe.

6. Es würde der weltwirtschaftlichen Solidarität widersprechen, wenn die Entwicklungshilfe dazu missbraucht würde, sich in die politischen Verhältnisse der Entwicklungsländer einzumischen, „um Herrschaftsansprüche durchzusetzen“. Ein solches Vorgehen, so lesen wir in der Enzyklika „Mater et Magistra“, läuft „offenbar darauf hinaus, eine neue Form von Kolonialherrschaft aufzurichten, die unter einem heuchlerischen Deckmantel die frühere, überholte Abhängigkeit wieder herstellen würde, von der viele Staaten sich erst vor kurzem freigemacht

---

<sup>15</sup> Enzyklika über die menschliche Arbeit, 18.

<sup>16</sup> Vergleiche die Pastoralkonstitution de: Zweiten Vatikanischen Konzils „Gaudium et spes“, Nr. 71.

<sup>17</sup> Ebenda, Nr. 65.a

haben“. Die „technische und finanzielle Hilfe“ muss uneigennützig gewährt werden, und zwar so, dass die Entwicklungsländer „in den Stand gesetzt werden, ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt einmal selbständig zu vollziehen“. Nur auf diese Weise kann es gelingen, „alle Staaten zu einer Gemeinschaft zu verbinden, deren einzelne Glieder im Bewusstsein ihrer Rechte und Pflichten übereinstimmend zur Wohlfahrt aller beitragen“.<sup>18</sup>

Nach christlichem Verständnis darf es nicht Ziel der weltwirtschaftlichen Solidarität sein, innerweltlichen Heilshoffnungen den Weg zu bahnen. Auch die größten sozialen Reformen vermögen die Sehnsucht des Menschen nach dauerndem Leben, bleibendem Glück und nie endender Liebe nicht zu stillen; denn der Mensch ist „in seinem Verlangen unbegrenzt und berufen zu einem Leben höherer Ordnung“.<sup>19</sup> Es gibt keinen innerweltlichen Ausbruch aus der Endlichkeit und Begrenztheit des Menschen um das Land der endgültigen und ewigen Freiheit. Aber gerade die Hoffnung auf das Kommende ist für den Christen der stärkste Antrieb zum politischen, sozialen und wirtschaftlichen Engagement im Dienst der Freiheit der Kinder Gottes.

---

<sup>18</sup> Enzyklika „Mater et Magistra“, Nr. 172-174.

<sup>19</sup> Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“, 10.



## **Joseph Kardinal Ratzinger<sup>1</sup>: MARKTWIRTSCHAFT UND ETHIK**

Herzlich grüße ich - auch im Namen der beiden anderen Protektoren, Kardinal Höffner und Kardinal Etchegaray - alle hier zum Symposium über Kirche und Wirtschaft Versammelten. Ich freue mich, dass durch das Zusammenwirken des Päpstlichen Laienrates, der Internationalen Vereinigung Katholischer Universitäten, des Instituts der deutschen Wirtschaft und der Konrad-Adenauer-Stiftung ein weltweit gespanntes Gespräch möglich geworden ist über eine Frage, die uns alle bewegt. Denn die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen dem Norden und dem Süden der Erdkugel wird immer mehr zu einer inneren Bedrohung für den Zusammenhalt der Menschheitsfamilie, davon könnte auf die Dauer keine geringere Gefährdung für den Fortgang unserer Geschichte ausgehen als von den Waffenarsenalen, mit denen Ost und West gegeneinander stehen. So müssen neue Anstrengungen unternommen werden, diese Spannung zu überwinden, denn alle bisherigen Methoden haben sich dafür als nicht ausreichend erwiesen. Das Elend in der Welt ist im Gegenteil in den letzten dreißig Jahren in einem wahrhaft erschütternden Maß weiter angewachsen. Um wirklich vorwärts führende Lösungen zu finden, werden neue wirtschaftliche Ideen vonnöten sein, die aber ihrerseits ohne neue sittliche Impulse nicht denkbar und vor allem nicht verwirklichungsfähig erscheinen. An dieser Stelle ergeben sich die Möglichkeit und die Notwendigkeit eines Gespräches zwischen Kirche und Wirtschaft. Lassen Sie mich versuchen, den genauen Fragepunkt, um den es in den folgenden Tagen gehen wird, noch etwas näher zu verdeutlichen. Denn auf den ersten Blick ist - gerade von einer klassischen Wirtschaftstheorie her - nicht zu sehen, was eigentlich Kirche und Wirtschaft miteinander zu tun haben sollen, wenn man einmal beiseite lässt dass auch Kirche Träger wirtschaftlicher Unternehmungen und insofern ein Marktfaktor ist. Aber hier soll sie ja nicht in dieser Eigenschaft, als Wirtschaftselement, ins Gespräch treten, sondern in ihrem Eigenen, als Kirche. Hier aber stehen wir vor dem Einwand, dass gerade auch nach dem Zweiten Vatikanum zuallererst einmal die Autonomie der Sachbereiche zu beachten ist, dass also Wirtschaft nach ihren eigenen Spielregeln und nicht nach von außen an sie herangetragenen moralischen Erwägungen zu verfahren habe.

Da aber gilt nach der von Adam Smith inaugurierten Tradition, dass Markt mit Ethik unverträglich sei, weil freiwillige „moralische“ Handlungen den Marktregeln widersprechen und den moralisierenden Unternehmer einfach aus dem Markt werfen würden. So galt lange Zeit Wirtschaftsethik als hölzernes Eisen, weil es nun einmal in der Wirtschaft um Effektivität und nicht um Moralität gehe. Die innere Logik des Marktes solle uns gerade von der Notwendigkeit befreien, auf die mehr oder minder große Moralität der einzelnen Wirtschaftsträger bauen zu müssen: Das richtige Spiel der Marktregeln garantiere am besten Fortschritt und auch Verteilungsgerechtigkeit.

Die großen Erfolge dieser Theorie konnten lange Zeit ihre Grenzen übersehen lassen. In einer veränderten Lage werden ihre stillen philosophischen Voraussetzungen und damit ihre Probleme deutlicher. Obwohl diese Auffassung auf die Freiheit der einzelnen Wirtschaftsträger abstellt und insofern liberalistisch genannt werden kann, ist sie in ihrem eigentlichen Kern deterministisch. Sie setzt voraus, dass das freie Spiel der Kräfte des Marktes, so wie die Menschen und die Welt beschaffen sind, nur in einer Richtung wirken kann, nämlich im Sinne der Selbstregelung von Angebot und Nachfrage, im Sinn wirtschaftlicher Effektivität und wirtschaftlichen Fortschritts. In diesem Determinismus, in dem der Mensch mit seiner scheinbaren Freiheit in Wirklichkeit ganz unter den notwendigen Gesetzen des Marktes agiert, ist aber

---

<sup>1</sup> Joseph Kardinal Ratzinger ist Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre.

noch eine andere und vielleicht noch erstaunlichere Voraussetzung mit eingeschlossen, nämlich dass die Naturgesetze des Marktes (wenn ich mich so ausdrücken darf) Ihrem Wesen nach gut sind und, wie immer es um die Moralität der einzelnen Menschen bestellt sein mag, notwendig zum Guten wirken. Beide Voraussetzungen sind nicht gänzlich falsch, wie die Erfolge der Marktwirtschaft zeigen, aber beide sind auch nicht unbegrenzt ausdehnbar, nicht unbegrenzt richtig, wie die Probleme der Weltwirtschaft von heute sichtbar machen. Ohne das Problem hier im einzelnen zu entfalten - was nicht meine Aufgabe ist - möchte ich lediglich einen Satz von Peter Koslowski unterstreichen der den Punkt aufzeigt, auf den es ankommt:

Die Wirtschaft wird nicht nur von ökonomischen Gesetzen regiert, sondern durch Menschen bestimmt ... „, Auch wenn Marktwirtschaft auf der Einordnung des Einzelnen in ein bestimmtes Regelgeflecht beruht, so kann sie den Menschen nicht überflüssig machen, seine sittliche Freiheit nicht aus dem wirtschaftlichen Geschehen ausscheiden. Heute wird immer deutlicher, dass die Entwicklung der Weltwirtschaft auch mit der Entwicklung der Weltgemeinschaft, der weltweiten Familie der Menschen zu tun hat, und dass für die Entwicklung der Weltgemeinschaft die Entwicklung der seelischen Kräfte des Menschen von wesentlicher Bedeutung ist. Auch die seelischen Kräfte sind ein Wirtschaftsfaktor: Die Marktregeln funktionieren nur dann, wenn ein moralischer Grundkonsens besteht und sie trägt.

Wenn ich bisher auf die Spannung zwischen einem rein liberalen Wirtschaftsmodell und einer ethischen Fragestellung hinzuweisen und damit einen ersten Fragenkreis zu umschreiben versucht hatte, der wohl auf diesem Symposium eine Rolle spielen wird, so muss nun aber auch die entgegen gesetzte Spannung angedeutet werden. Die Frage nach Markt und Moral ist heute längst kein bloß theoretisches Problem mehr. Da die innere Ungleichheit der einzelnen großen Wirtschaftsräume das Spiel des Marktes gefährdet, hat man seit den fünfziger Jahren versucht, durch Entwicklungsprojekte die wirtschaftliche Balance herzustellen. Es kann heute nicht mehr übersehen werden, dass der Versuch in der bisherigen Form gescheitert ist und die Ungleichheit sogar noch verschärft hat. Die Folge ist, dass weite Kreise in der Dritten Welt, die zunächst der Entwicklungshilfe mit großen Hoffnungen entgegengesehen hatten, nun den Grund ihres Elends in der Marktwirtschaft sehen, die sie als ein System der Ausbeutung, als Struktur gewordene Sünde und Ungerechtigkeit betrachten. In dieser Perspektive erscheint dann die Zentralverwaltungswirtschaft als die moralische Alternative, der man sich mit einer geradezu religiösen Inbrunst zuwendet, ja, die förmlich zum Inhalt von Religion wird. Denn während die Marktwirtschaft auf die förderliche Wirkung des Egoismus und dessen automatische Begrenzung durch die konkurrierenden Egoisten setzt, scheint hier der Gedanke einer gerechten Lenkung zu dominieren, in der das Ziel das gleiche Recht für alle und die gleichmäßige Aufteilung der Güter unter allen ist. Gewiss ermutigen die bisherigen Beispiele nicht, aber die Hoffnung, dass man das moralische Konzept doch auch zum Erfolg führen könne, ist damit nicht zu widerlegen: Wenn das Ganze, so denkt man, auf einem stärkeren moralischen Fundament versucht würde, so müsste es gelingen, Moral und Effektivität in einer Gesellschaft zu versöhnen, die nicht auf das Maximum an Gewinn, sondern auf Selbstbeschränkung und gemeinsames Dienen ausgerichtet ist. So wird der Disput zwischen Wirtschaft und Ethik in diesem Bereich immer mehr zu einem Disput gegen die Marktwirtschaft und ihre geistigen Grundlagen und für die Zentralverwaltungswirtschaft, der man nun vollends ihr rechtes sittliches Fundament zu geben glaubt.

Der ganze Umfang der hier anstehenden Frage wird aber erst sichtbar, wenn wir nun auch den dritten Bereich wirtschaftlicher und theoretischer Erwägungen einbeziehen, die das Panorama der heutigen Situation kennzeichnen: die marxistische Welt. Von seiner wirtschaftstheoretischen und „praktischen Struktur her ist das marxistische System als Zentralverwaltungswirtschaft der radikale Gegensatz zur Marktwirtschaft“. Das Heil wird davon erwartet, dass es

keine private Verfügungsmacht über die Produktionsmittel gibt, dass Angebot und Nachfrage nicht durch den Wettbewerb auf dem Markt in Einklang gebracht werden, dass mithin für das private Gewinnstreben kein Raum ist, sondern alle Regelungen von einer zentralen wirtschaftlichen Verwaltung ausgehen.

Aber trotz dieses radikalen Gegensatzes in den konkreten wirtschaftlichen Mechanismen gibt es auch Gemeinsamkeiten in den tieferen philosophischen Voraussetzungen. Die erste besteht darin, dass auch der Marxismus ein Determinismus ist, und dass umgekehrt auch er die vollkommene Befreiung als Frucht des Determinismus verheißt. Deswegen ist es von den Grundlagen her ein Irrtum, anzunehmen, das Zentralverwaltungssystem sei ein moralisches System im Gegensatz zu dem mechanistischen System der Marktwirtschaft. Ganz deutlich sichtbar wird dies z.B. daran, dass Lenin der These Sombarts zustimmte, es gebe im Marxismus kein Gran Ethik, sondern nur ökonomische Gesetzmäßigkeiten. Ja, der Determinismus ist hier weit radikaler und grundsätzlicher als im Liberalismus: Dieser anerkennt immerhin den Bereich des Subjektiven und sieht ihn als den Raum des Ethischen; hier sind dagegen Werden und Geschichte total auf Ökonomie reduziert und die Ausgrenzung eines eigenen Subjektbereichs erscheint als Widerstand gegen die allein geltenden Gesetze der Geschichte und so als fortschrittsfeindliche Reaktion, die nicht geduldet werden kann. Ethik reduziert sich auf Geschichtsphilosophie, und Geschichtsphilosophie verfällt zu Parteistrategie.

Aber kommen wir noch einmal auf die Gemeinsamkeiten in den philosophischen Grundlagen des Marxismus und streng genommenen Kapitalismus zurück. Die zweite Gemeinsamkeit besteht - wie andeutungsweise schon sichtbar wurde - darin, dass der Determinismus die Absage an die Ethik als selbständige und für die Wirtschaft relevante Größe einschließt. Im Marxismus zeigt sich dies besonders dramatisch darin, dass Religion auf Ökonomie zurückgeführt wird, Spiegelung eines bestimmten wirtschaftlichen Systems und damit zugleich Hindernis richtiger Erkenntnis, richtigen Handelns, Hindernis des Fortschritts ist auf den die Naturgesetze der Geschichte, die in der Dialektik des Negativen und des Positiven verläuft, aus ihrem weiter nicht mehr begründeten inneren Wesen heraus schließlich in der totalen Positivität enden muss. Dass in solcher Sicht Kirche nichts Positives zur Weltwirtschaft beitragen kann, ist klar: sie spielt eine Rolle für die Wirtschaftsfrage nur als etwas, das überwunden werden muss.

Dass sie dabei aber zeitweilig als Mittel ihrer eigenen Selbsterstörung und so als Instrument der „positiven Kräfte der Geschichte“ benutzt werden kann, ist Einsicht, die sich erst in jüngster Zeit ergeben hat; an der Grundthese ändert sie offenkundig nichts.

Im Übrigen lebt das ganze System praktisch von der Apotheose der zentralen Verwaltung, in der der Weltgeist selbst am Werk sein müsste, wenn die These stimmen sollte. Dass dies ein Mythos im schlechtesten Sinn des Wortes ist, ist einfach eine empirische Feststellung, die sich fortwährend weiter verifiziert. So wird gerade die radikale Absage an einen konkreten Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft, die diesem Denken zugrunde liegt, zur Bestätigung seiner Notwendigkeit.

Bei dem Versuch, die Konstellation eines Gesprächs zwischen Kirche und Wirtschaft zu beschreiben, bin ich noch auf einen vierten Aspekt gestoßen. Er wird ansichtig in dem bekannten Wort, das Theodore Roosevelt 1912 geprägt hat: „Ich glaube, dass die Assimilation der lateinamerikanischen Länder an die Vereinigten Staaten lange und schwierig sein wird, solange diese Länder katholisch sein werden.“ Auf derselben Linie hat 1969 Rockefeller bei einem Vortrag in Rom empfohlen, die Katholiken dort durch andere Christen zu ersetzen - eine Unternehmung, die bekanntlich voll im Gange ist. In beiden Aussprüchen ist offenbar Religion bzw. in diesem Fall eine christliche Konfession als ein sozialpolitischer und damit auch wirt-

schaftlicher Faktor vorausgesetzt, der grundlegend ist für die Art der Entfaltung politischer Strukturen und wirtschaftlicher Möglichkeiten. Das erinnert an Max Webers These von dem inneren Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Calvinismus, zwischen der Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnung und der bestimmenden religiösen Idee. Fast scheint hier die Vorstellung von Marx auf den Kopf gestellt: Nicht die Wirtschaft produziert religiöse Vorstellungen, sondern die religiöse Grundorientierung entscheidet darüber, welches wirtschaftliche System sich entwickeln kann. Die Vorstellung, dass nur der Protestantismus freie Wirtschaft hervorbringen könne, während der Katholizismus keine entsprechende Erziehung zur Freiheit und zu der ihr notwendigen Selbstdisziplin einschließt, sondern eher autoritäre Systeme begünstige, ist zweifellos auch heute noch sehr weit verbreitet und vieles in der neueren Geschichte scheint für sie zu sprechen. Andererseits können wir heute das liberal-kapitalistische System selbst mit all den Korrekturen, die es inzwischen angenommen hat, nicht mehr so unbefangen als das Heil der Welt ansehen, wie dies noch in der Ära Kennedy mit ihrem Optimismus der Peace-Corps gewesen war: Die Anfragen der Dritten Welt diesem System gegenüber mögen einseitig sein, unbegründet sind sie nicht. So wäre hier wohl zunächst eine Selbstkritik der christlichen Konfessionen hinsichtlich ihrer politischen und ökonomischen Ethik gefragt, die aber nicht als rein innerkirchliches Gespräch vor sich gehen kann, sondern fruchtbar nur sein wird, wenn sie als Dialog mit denen geführt wird, die Christen sind und die die Wirtschaft tragen. Eine lange Tradition hat dazu geführt, dass sie vielfach ihr Christsein als ihren subjektiven Bereich ansehen, während sie als Wirtschaftler den Gesetzen der Wirtschaft folgen; beide Bereiche erscheinen in der neuzeitlichen Trennung von Subjekt- und Objektwelt als unberührbar füreinander. Aber gerade auf ihre Berührung käme es an, in der beides unvermischt und ungetrennt zueinander kommen müsste. Dass die Ausbildung wirtschaftlicher Systeme und ihre Rückbindung an das Gemeinwohl von einer bestimmten ethischen Disziplin abhängt, die ihrerseits nur durch religiöse Kräfte hervorgebracht und gehalten werden kann, ist eine immer deutlicher werdende wirtschaftsgeschichtliche Tatsache. Dass umgekehrt der Verfall solcher Disziplin auch die Marktgesetze zum Zusammensturz bringt, wird inzwischen ebenfalls offenkundig. Eine Wirtschaftspolitik, die nicht nur dem Gruppenwohl, ja, nicht nur dem Gemeinwohl eines bestimmten Staates, sondern dem Gemeinwohl der Menschheitsfamilie zugeordnet ist, verlangt ein Höchstmaß an ethischer Disziplin und damit ein Höchstmaß an religiöser Kraft. Eine politische Willensbildung, die die inneren Gesetze der Wirtschaft auf dieses Ziel hin nutzt, scheint heute trotz aller großen humanitären Beteuerungen fast unmöglich; durchsetzbar kann sie nur sein, wenn ganz neue ethische Kräfte dafür freigesetzt werden. Eine Moral, die dabei die Sachkenntnis der Wirtschaftsgesetze überspringen zu können meint, ist nicht Moral, sondern Moralismus, also das Gegenteil von Moral. Eine Sachlichkeit, die ohne das Ethos auszukommen meint, ist Verkennung der Wirklichkeit des Menschen und damit Unsachlichkeit. Wir brauchen heute ein Höchstmaß an wirtschaftlichem Sachverstand, aber auch ein Höchstmaß an Ethos, damit der wirtschaftliche Sachverstand in den Dienst der richtigen Ziele tritt und seine Erkenntnis politisch vollziehbar und sozial tragbar wird.

Mit alledem wollte und konnte ich keine Antworten geben auf die Fragen, die uns bewegen: Dazu fehlt mir der wirtschaftliche Sachverstand. Aber ich habe versucht, die Frage aufzuzeigen, die uns hier zusammengeführt hat. Sie ist von höchster Dringlichkeit. Schon dass wir zusammen sprechen, ist ein großer Erfolg. Hoffen wir, dass es gelingt, in dem notwendigen Zueinander von Ethik und Wirtschaft einen Schritt nach vorwärts zu tun, der zu mehr Erkenntnis und zu besserem Handeln und so letztlich zu mehr Frieden, zu mehr Freiheit und zu mehr Einheit der Menschheitsfamilie führt.

## **Papst Johannes Paul II.<sup>1</sup>: GERECHTIGKEIT UND MEHR- MENSCH-SEIN FÜR ALLE**

Eminenzen, Exzellenzen,  
sehr geehrte Damen und Herren!

1. Mit besonderer Freude begrüße ich hier im Vatikan die Teilnehmer des Kongresses „Kirche und Wirtschaft in der Verantwortung für die Zukunft der Weltwirtschaft“.

Sie beraten in diesen Tagen ein Thema, das die Völker der Welt und auch den Heiligen Stuhl zutiefst beschäftigt: die brennende Frage nämlich, was in gemeinsamer Verantwortung getan werden muss, um zu verwirklichen, was mein Vorgänger Paul VI. „*Populorum progressio*“, „die Entwicklung der Völker“ genannt hat.

Ich konnte in diesen Tagen die Generalversammlung der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen im Vatikan empfangen. Sie wurde aus Anlass des 40. Gründungsjahres einberufen, gleichzeitig aber auch, um im Anblick der wachsenden Not der Entwicklungsländer neue Initiativen zu planen. Aus den Berichten dieser Organisation der Vereinten Nationen ergibt sich ja ein erschütterndes Bild: Die wirtschaftliche Rezession der Industrieländer hat sich auf viele Entwicklungsländer verheerend ausgewirkt. Die Verschuldung vieler von ihnen hat derart zugenommen, dass ihnen ein finanzieller Zusammenbruch droht. In einer Reihe von Entwicklungsländern hat dies im Zusammenhang mit Naturkatastrophen und weiteren Faktoren zu einem Niedergang der Landwirtschaft geführt, so dass Elend und Hunger entsetzliche Ausmaße angenommen haben. Hier steht die ganze Menschheit vor einer Herausforderung, die mein Vorgänger in die Worte gefasst hat: „Es eilt! Zu viele Menschen sind in Not, und es wächst der Abstand, der den Fortschritt der einen von der Stagnation, besser gesagt, dem Rückschritt der anderen trennt“ (*Populorum progressio*, 29).

2. Aus dem Programm Ihres Kongresses ersehe ich, dass Sie, Vertreter der Industrieländer und Vertreter der Entwicklungsländer, sich gemeinsam bemühen, eine Antwort auf die drei Fragen zu finden, die im Mittelpunkt dieser Herausforderung stehen. Die erste Frage lautet: Was müssen die Industrieländer für die Entwicklung der Völker tun? Es ist nicht die Aufgabe der Kirche, konkrete Lösungen hierfür vorzuschlagen. Dazu verfügt sie weder über die notwendigen Mittel noch über die nötige Kompetenz. Sie muss aber immer wieder deutlich darauf hinweisen, dass die hoch entwickelten Länder die schwere Verpflichtung haben, den anderen Ländern in ihrem Ringen um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu Hilfe zu kommen. Das II. Vatikanische Konzil fordert, dass dazu in den Industrieländern selber „geistige und materielle Anpassungen“ vollzogen werden müssen, um diese Herausforderung zu bestehen (*Gaudium et spes*, 86). In dieser Hinsicht geschieht bereits vieles auf staatlicher wie auf privater Ebene. Das muss dankbar anerkannt werden. Aber noch zu viele Industriebereiche, bis hin zur Waffenproduktion, werden nach rein wirtschaftlichen Regeln und Werten geführt und scheinen die Zeichen der Zeit und ihrer gesellschaftspolitischen Weltverantwortung noch nicht erkannt zu haben.

Es ist zwar verständlich, dass die Industrieländer, die sich heute selber in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, zuerst auf die Lösung der eigenen Probleme achten. Aber die Gefahr eines kollektiven Egoismus, wie zum Beispiel bei der Versuchung zu neuen Schutzzöllen, muss deutlich gesehen werden. In den Industrieländern kann auch eine gewisse Resignation eintreten, weil ihre Hilfe gelegentlich missbraucht wurde oder weil sie keinen raschen

---

<sup>1</sup> Die Ansprache von Papst Johannes Paul II. wurde in Deutsch gehalten.

Erfolg oder sogar negative Effekte gebracht hat. Eine realistische Sicht lässt erkennen, dass Entwicklung von Völkern und Nationen ein langfristiger und mühsamer Prozess ist. Aber all das darf die Industrienationen in der Verantwortung für die Entwicklung der Völker nicht ermüden lassen. Wir gehen auf eine Zukunft zu, in der die Welt immer mehr eins wird und in der alle von allen abhängen, auch wirtschaftlich. Eine Reihe von Problemen, die heute die einzelnen Nationalwirtschaften belasten, werden auf weite Sicht gesehen nur im Kontext einer funktionierenden Weltwirtschaft gelöst werden. Für einen Christen und für jeden Menschen guten Willens geht es dabei niemals bloß um die Lösung rein wirtschaftlicher Machtprobleme, sondern letztlich immer um die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Mehr-Mensch-Sein für alle.

3. Mit Recht haben Sie auf diesem Kongress noch eine zweite Frage gestellt: Was können und müssen die Entwicklungsländer selber für die Entwicklung der Völker tun? Letztlich entscheidend ist ja die Selbsthilfe, sie kann durch keine Fremdhilfe ersetzt werden. Das wirtschaftliche Bemühen, konkret die Steigerung der eigenen Produktivkräfte, hat hierbei gewiss eine besondere Bedeutung. Hand in Hand wird aber auch die soziale Entwicklung angestrebt werden müssen. Das II. Vatikanische Konzil weist ausdrücklich darauf hin, dass bei allem Respekt vor der sozialen Eigenart der einzelnen Völker doch vermieden werden muss, bestimmte Gewohnheiten als starr und unveränderlich anzusehen, wenn sie neuen Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr genügen“ (Gaudium et spes, 69). Eine zentrale Bedeutung in der Eigenverantwortung der Entwicklungsländer erhält die Aufgabe der Bildung und Erziehung. Sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen des Werkes der Entwicklung. Solche Bildung und Erziehung haben zweifellos auch eine wirtschaftliche Dimension. Aber sie müssen darüber hinausgehen. Sie müssen letztlich aus einer geistigen Grundlage kommen und auf die Entfaltung des ganzen Menschen hinzielen.

Eines aber muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Entwicklung der Völker kann nicht darin bestehen, dass die Entwicklungsländer einfachhin die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Modelle der Industrienationen übernehmen. Die Zerstörung des kulturellen Reichtums dieser Länder würde nicht nur zu schweren inneren Störungen, sondern auch zu schwerwiegenden Konsequenzen für die wachsende Einheit der Völkergemeinschaft führen, die ja nicht aus einer nivellierten Einheitszivilisation, sondern aus der reichen Vielfalt der Kulturen der Menschheit leben möchte.

4. Sie behandeln in Ihrem Kongress schließlich noch eine dritte Frage: Welche geistigen Voraussetzungen müssen vorhanden sein, um die Entwicklung mit jener Entschiedenheit voranzubringen, wie es die Not erfordert? Diese Voraussetzungen betreffen sowohl die Industrieländer als auch die Entwicklungsländer in gleicher Weise. Gewiss gibt es, wie das II. Vatikanische Konzil sagt, im Bereich der einzelnen Kultursachbereiche eine gewisse Eigengesetzlichkeit, die beachtet werden muss. Das gilt auch für den Bereich der Wirtschaft und ihrer Entwicklung. Aber diese relative Eigengesetzlichkeit ist kein blinder, zwanghafter Mechanismus. Sie muss in einen sittlichen Zusammenhang gebracht werden und von dort ihre Ziele und letzten Motivationen erhalten.

Die Suche nach diesen Zielen und Motivationen gehört zu den größten, aber auch schwierigsten Aufgaben unserer Zeit. Sie sind dieser Frage nicht ausgewichen, auch wenn Sie auf diesem Kongress nicht sofort eine erschöpfende Antwort finden. Hier liegt sicher auch der Grund, warum Sie das Gespräch mit der Kirche gesucht haben, die sich, wie Paul VI. sagt, als „Expertin der Menschlichkeit“ versteht und zwar der Menschlichkeit in ihrer tiefsten Wurzel: nämlich in der Frage des Sinnes und des Zieles. Es ist die bewusste Aufgabe der Kirche, ihren Beitrag für die Formung jenes Menschen zu leisten, der aus einer geistigen Mitte lebt und sich aus dieser Mitte für die Mitarbeit an der Lösung der großen Menschheitsaufgaben verantwort-

lich weiß und der sich nicht enttäuschen und verbittern lässt, weil er immer aus der Hoffnung lebt. Um diese Aufgabe zu verwirklichen, braucht die Kirche den Dialog mit dieser Welt, vor allem mit den verantwortlichen Trägern der Verantwortung in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur. Ihr Kongress ist ein wertvoller Beitrag zu diesem ständigen Dialog. Darum begleite ich Ihre Arbeit mit meinem besonderen Interesse und meinem Segen.